

Ausländergewalt bis zum Exzess



Ueli Brasser,
Gewerbeschul-
lehrer,
SD-Gemeinderat,
Zürich

In der Stadt Zürich vergewaltigt eine Bande von Jugendlichen ein dreizehnjähriges Mädchen. Alle zwölf Verdächtigen haben polizeiliche Vorakten, unter anderem wegen Raubdelikten. Die Medien und Behörden versuchen die Herkunft der Täter zu vertuschen.

Erst Tage später meldet der Tages-Anzeiger: «Unter den zwölf Verhafteten sind sechs Schweizer. Es soll sich um eingebürgerte Jugendliche aus dem Balkan und der Türkei handeln; die restlichen stammen ebenfalls aus dem Balkan sowie je einer aus Italien und der Dominikanischen Republik.»

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

Im November 2006 wird eine Massenvergewaltigung in Steffisburg (BE) bekannt. Die Beschuldigten sind: Zwei albanische Brüder (15 und 16 Jahre alt), ein Pakistani (15), ein Schweizer tamilischer Herkunft (16), ein Brasilianer (18) und zwei weitere 18-jährige Ausländer. Ebenfalls im November 2006 wird die Schändung der katholischen Kirche von Muttenz bekannt. Die jugendlichen Täter aus dem Balkan

(alle nichtchristlichen Glaubens) haben den Innenraum mit Kot und Urin beschmutzt.

Bereits im Juni 2006 ereignete sich im bündnerischen Rhäzüns eine brutale Schändung eines fünfjährigen Mädchens. Die Täter: Zwei Jungen (10 und 13 Jahre alt) stammen aus dem Kosovo.

Was ist nur los

im Land der Eidgenossen, werden Sie sich fragen? Ist das nicht zu dick aufgetragen? Da gibt es doch sicher auch Beispiele, die man auch Schweizer Jugendlichen nachsagen kann!

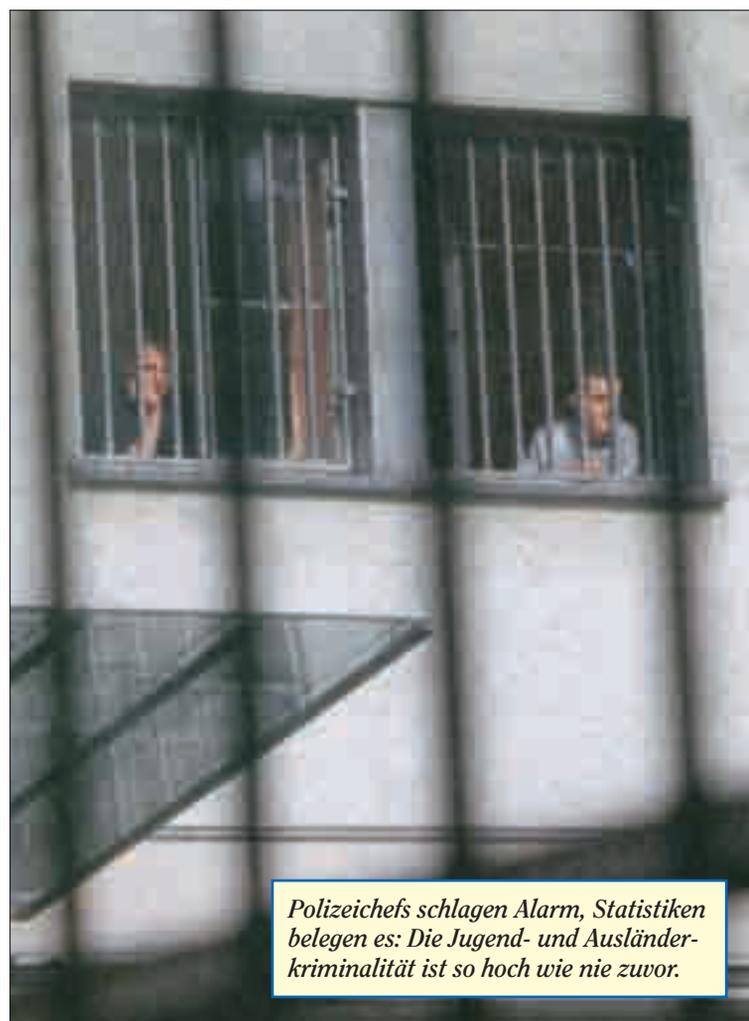
Gewiss ja. Kürzlich drohte ein Schüler schweizerischer Herkunft der Lehrerschaft in einem Stadtzürcher Schulhaus, er würde nächstens mit seiner Waffe vorbeikommen, um Ordnung zu schaffen. Das Schulhaus wurde sofort geräumt und der Schüler in Gewahrsam genommen. Das Ganze entpuppte sich schliesslich zu einer emotionalen Verfehlung des Schülers, der sich der Tragweite seiner Androhung nicht bewusst war. Die Medien betonten natürlich bei jeder Gelegenheit, dass es sich bei diesem Schüler um einen Schweizer, schweizerischer Herkunft handelt.

Dass Jugendliche gewalttätig

sein können, ist nicht neu. Wer erinnert sich nicht an die eigene Jugendzeit? Wer erinnert sich nicht von der Geschichte her an die brutalen Saubannerzüge, bei denen Jugendliche an vorderster Front mitmarschierten? Doch die Verhaltensrituale bei Gewaltakten sind heute nicht analog. Fachleute reden von einer mangelnden Hemmschwelle.

Auf den «Tisch hauen»

und ausrufen ist einfach, hilft aber kein bisschen dem vorherrschenden Problem der Jugendgewalt, wie sie sich hauptsächlich bei Immigrantenkindern zeigt. Suchen



Polizeichefs schlagen Alarm, Statistiken belegen es: Die Jugend- und Ausländerkriminalität ist so hoch wie nie zuvor.

wir doch besser nach Gründen für diese Gewaltexzesse, welche sich seit der Jahrtausendwende weit als verdoppelt haben. Nämlich von 620 auf 1330 Strafurteile in der Schweiz im 2006. Und das bei sinkender Geburtenrate. Bei verschiedenen Delikten werden jugendliche Ausländer und Eingebürgerte um ein Mehrfaches häufiger als Schweizer ihrer Altersgruppe strafällig. (Statistik Schweiz)

Fünf Gründe

die bei der Eskalation der Gewalt eine grosse Rolle spielen können:

Fortsetzung Seite 2

Démocrate  Suisse

Pages 13-15

Wahlen Kanton Zürich:

SD  -Liste 8 unverändert!

Inhalt

- 2 Das Eva-Prinzip
- 4 Im Informations-Dschungel
- 5 Integration – das Zauberwort
- 6 Geschichte des Nahen Ostens
- 8 Veranstaltungshinweise
- 9 Multikulturell = Multikriminell
- 10 Aus den Kantonen

Ausländergewalt bis zum Exzess

Fortsetzung von Seite 1

1. Den Kindern wird nicht beigebracht, mit Frust und Stress umzugehen und mit Schwierigkeiten fertig zu werden. Die hedonistische Haltung basiert ausschliesslich auf dem Vermeidungsprinzip, Schwierigkeiten werden nicht als Chance erkannt.

2. Orientierungshilfen fehlen und führen zu einer Orientierungslosigkeit. Es mangelt an positiven Vorbildern, religiösen Werten, Verbindlichkeiten, Regeln, Leitplanken und Geboten.

3. Konstante Bezugspersonen fehlen. Viele Familien sind geschieden. Auch in der Schule wird nach der Devise «Handeln bedeutet Wandel» unterrichtet. Die Lehrpersonen wechseln zu oft im Volksschulalter. Statt Förderung von Konstanz wird Unruhe «programmiert».

4. Die Gruppen prägen das Verhalten und legen die Wertmassstäbe fest. Die Gruppe ist gleichsam Sinnersatz bei einer sich ausbreitenden Sinnleere. Wer die Gruppennorm befolgt, wird geachtet und kommt wenigstens bei den Gruppenmitgliedern zu jenem Erfolgserlebnis, das im Alltag, in der Schule oder in der Familie mangelt.

5. Gewalt ist anonymer und brutaler geworden. Die Hemmschwelle, zur Waffe zu greifen oder plötzlich auszurasen, ist gewaltig gesunken. Ein Zurechtweisen oder ein Blick genügen oft schon und es kann zu Überreaktionen kommen. Davon können Lehrkräfte oder Hauswarte ein Lied singen. Selbstbeherrschung wird nicht mehr geübt.

Bei all diesen Argumenten

ist man geneigt, der Umwelt diese Missstände in die Schuhe zu schieben. Dem Konsumwahn, der Globalisierung, dem Zerfall der Familie und der zunehmenden Perspektivenlosigkeit vieler schwacher Jugendlicher.

– Nein! –

Eine Immigrantenfamilie hat sich als Ganzes zu integrieren und, falls sie den Schweizerpass anstrebt, sich auch zu assimilieren. 12 bis 18-jährige VergewaltigerInnen, MörderInnen, DrogenhändlerInnen und EinbrecherInnen sind samt der ganzen Familie auszuschieben oder ihrem Ursprungsland zurückzuführen. Und das ohne Verzug, subito!

Schon unseren Söhnen und Töchtern zuliebe, die auf den Pausen-

plätzen, in der Freizeit in Jugendzentren und auf offener Strasse von Balkanesen und anderen spätpubertierenden, bandenmässig organisierten Machos angepöbelt, erpresst und ausgenommen werden.

Die Schweiz darf nicht tolerieren, dass ausländische Eltern ihre Kinder in unser Land bringen, die Gewalt in unsere Schulen tragen. Mit einer Ausweitung des Entzugs der Aufenthaltbewilligung auf die Familie würde eine enorme Signalwirkung erzielt. (Parlamentarische Initiative ist eingereicht). Landauf, landab würden sich zehntausende von Einwandererfamilien besser um ihre Kinder kümmern, um zu vermeiden, dass diese Gewalt anwenden. Ein deutlicher Rückgang der Ausländerkriminalität bei Jugendlichen wäre zu verzeichnen.

In SP-, Grünen- und anderen «Gutmenschenkreisen»

ist es nach wie vor besonders beliebt, jeden Hinweis auf den auffallend hohen Ausländeranteil unter jugendlichen Straftätern als «fremdenfeindlich» abzutun. Auf die gleiche Weise wurde jahrelang der Asylmissbrauch verschlampt. Auf die gleiche Weise wurden sämtliche Ausländerprobleme geleugnet. Schlimmer noch: Wer die Ausländerkriminalität beim Namen nennt, wer die hohen Sozialkosten von Ausländern kritisiert, wer die Masseneinwanderung endlich stoppen will, wer auf die Gewaltbereitschaft von Leuten aus dem Balkan verweist, wer auf die grossen Probleme in Schulen mit hohem Ausländeranteil zu sprechen kommt, wird sofort selbstherrlich von den Linken, den Medien und Gerichten in die fremdenfeindliche Ecke gestellt.

Und die Schweizer Demokraten

bekunden in ihrem Kantonalzürcher Wahlkampf, dass Gewalt hierzulande grösstenteils ein Importgut ist. Wir Schweizer haben schon längst gelernt, einander nicht die Köpfe einzuschlagen. Doch in manchen Ländern ist es heute noch normal, Konflikte mit Gewalt zu «lösen». Da herrschen abstruse Vorstellungen von einer «Familienehre», die – natürlich gewaltsam – verteidigt werden muss. Da ist unter jungen Männern nur jemand, wer sich mit Fäusten, Messern oder gar Schusswaffen «Respekt» verschafft.

Und unsere naiven Regierungspolitiker glauben, Menschen aus solchen Kulturkreisen würden ihr Verhalten hier in der Schweiz ändern.

In Wirklichkeit läuft es ganz anders. Kaum ist Ali, Darko oder

Ndjambo hier, bedrängen ihn die Verwandten, eine junge Frau aus der Heimat zu heiraten. Schon bald ist die ganze Sippschaft hier. Die Kolonien aus solchen Ländern sind bereits so gross geworden, dass die Einwanderer hier leben können wie zu Hause. Da ist es kein Wunder, dass sich auch von den Jungen viele nicht anpassen, sondern auf ererbte Verhaltensweisen zurückgreifen:

Gewalt gegen Frauen. Aus Langeweile ein Überfall auf Schweizer Jugendliche. Ein «falscher» Blick, und schon wird das Messer gezückt...

Seit Jahrzehnten

werden die Warnungen der Schweizer Demokraten vor den Folgen der Masseneinwanderung in den Wind geschlagen – auch von

Politikern, die sich patriotisch geben und gerne über «Asylanten» schimpfen.

Die meisten Gewalttäter sind nicht Asylanten, sondern Söhne und Töchter von Fremdarbeitern, welche dieselben Politiker ins Land gerufen haben.

Am 15. April wählen wir Zürcher eine neue Regierung und ein neues Parlament. Uns reicht's, wir haben die Nase voll von den verlogenen bürgerlichen Politikern. Diese geben vor, den Überfremdungsbrand zu löschen, dabei haben sie ihn mit dem jahrzehntelangen Fremdarbeiter-Import selbst gelegt! Wir schreiben nur einen Namen auf die Regierungsratsliste:

**Markus Alder
und für den Kantonsrat legen wir
die unveränderte Liste 8 ein!**

Das Eva-Prinzip



Bernhard Hess,
Nationalrat SD
und Mitglied
Redaktion
«Bern aktuell»,
Bern

Anlässlich einer Veranstaltung der Vereinigung «Pro Libertate» plädierte die ehemalige ARD-Tageschausprecherin und Autorin Eva Herman für eine neue Weiblichkeit. In einer konzentrierten Störaktion versuchten gut drei Dutzend militante Feministinnen aus dem Antifa-Umfeld Eva Herman am Reden zu hindern. Ohne dass die Polizei eingriff, wurde zudem sogar ein Demonstrationslautsprecherwagen in die Berner Innenstadt gekarrt, der das Versammlungslokal Hotel Bern während gut einer halben Stunde mit unerträglicher Punkmusik beschallte. In der Folge machte die «Berne Zeitung» aus den feministischen Täterinnen Opfer, indem Sie Grossrat Thomas Fuchs, meinen Namensvetter Stadtrat Erich Hess und mich als prügelnde Politiker darstellte, die rohe Gewalt gegen die ach so harmlosen Reitschulaktivistinnen und -aktivisten anwendeten.

Zweifellos kommen bei der einseitig feministisch ausgerichteten Berichterstattung der Systemmedien die Argumente von Eva Herman zu kurz, weshalb ich hier einen Überblick geben möchte:

«Welchen Wert haben Kinder in unserer Gemeinschaft?»

«Können wir mit Recht Begriffe wie Freiheit und Selbstverwirklichung anführen, wenn wir uns die berufliche Tätigkeit von Frauen anschauen?»

«Welche junge Frau erntet denn heute Anerkennung, wenn sie bekennt, sie möchte einfach nur heiraten und Kinder bekommen?»

«Welche Rolle spielen wir Frauen wirklich? Und was sind wir jenseits aller Rollen? Welche Fähigkeiten machen uns aus, damit wir uns entwickeln können? Haben wir leichtfertig Verhaltensweisen angenommen, die uns in die falsche Richtung führen? Werden wir unserer Verantwortung noch gerecht?»

«Was aber, wenn unser ganzes Lebenssystem ein einziger Fehler ist?»

«Frauen dürfen schon lange keine Frauen mehr sein, wenn man den Thesen des Feminismus folgt, und nun dürfen auch die Männer keine Männer mehr sein! Wollen wir das wirklich? Vermännlichte Frauen und verweiblichte Männer? Wem nützt das eigentlich?»

Ablehnung des Feminismus

Eva Herman stellt in ihrem Buch: «Das Eva-Prinzip» viele wichtige Fragen und gibt dazu bemerkenswerte Antworten.

Es ist nicht verwunderlich, dass solche Fragen und die klaren Aussagen dazu nicht den Beifall der Medienöffentlichkeit ernten.

Ihr unmissverständliches Ablehnen des Feminismus (des übertriebenen und auch falsch dargelegten weiblichen Einflusses auf Staat und Gesellschaft) und der Emanzi-

pation (der Befreiung des Menschen – meist der Frauen – aus allen Abhängigkeitsverhältnissen, mit der gewollten Auflösung bestehender Ordnungen) kommt wirklich überraschend.

«Es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft unserer Kinder, um den Fortbestand unserer Gesellschaft.»

«Der Geburtenrückgang in unserem Land, der Zerfall der Gesellschaft», ... veranlasste sie, dieses Buch zu schreiben.

Schreibt Eva Herman auch «Gesellschaft» und nicht «Volk», so ist diese Aussage an Klarheit kaum zu übertreffen. Wenige Seiten weiter lehnt sie selbst «unsere materiell und global orientierte Gesellschaft» ab. Leider schafft sie es trotz ihrem Ruf nach der «Befreiung von Denkverboten» nicht zu dem Begriff Volk. Einmal schreibt sie statt Volk «unsere Gemeinschaft».

Kein Systembuch der gemachten Meinungen

Des Öfteren benutzt Eva Herman Begriffe wie «Zeitgeist», «Konsumgesellschaft», «Lebenslüge Selbstverwirklichung», «Wohlstandsverwahrlosung» oder «Um-erziehung». Begriffe, die darauf hinweisen, dass dies kein Systembuch der gemachten Meinungen ist, sondern wirklich verändern möchte. Es scheint ein grosser Schritt dieser Frau zu sein.

Immer wieder wird öffentlich versucht, anhand ihrer Biographie, ihr beschriebenes Bekenntnis zu einem neuen (alten) Mutterverständnis lächerlich zu machen. Eine inhaltlich kritische Diskussion zu Emanzipation und Feminismus scheint öffentlich noch nicht möglich. Bewusstes Lächerlichmachen, bewusstes Vereinfachen und verdreht dümmliches Darstellen der Inhalte zeigen uns nur die Machtverhältnisse der Presse.

Eva Herman erkennt, dass die Forderung nach wahrer Mütterlichkeit nicht gesellschaftsfähig ist, ein Tabu unserer Gesellschaft, und geht noch weiter, indem sie umfassend alle Grundsätze der Emanzipation und der Feminismusbewegung nicht nur sehr deutlich in Frage stellt, sondern auch selbstbewusst verurteilt.

«Die Selbstverwirklichung ist oft nur ein Deckmantel für egoistische Alleingänge» und «Was aber, wenn unser ganzes Lebenssystem ein einziger Fehler ist?» lässt erkennen, warum keine Frau der etablierten 68er-Öffentlichkeit auch nur ein gutes Haar an ihr lassen kann, da sie doch selbst zu den



SD-Nationalrat Bernhard Hess dankt Eva Herman für ihre Zivilcourage.

«Millionen von Frauen, welche auf einem Irrweg von Karl Marx geführt worden sind», gehören.

Berufsfeminismus – grausamer Irrtum

Der Feminismus wird als «grausamer Irrtum» bezeichnet, welcher durch seine Bestrebungen «das Männliche und das Weibliche entweder in Konkurrenz zu sehen oder es zu leugnen» gebracht hat. Simone de Beauvoir und Alice Schwarzer, die bekanntesten Vertreterinnen der weiblichen Emanzipation, werden anhand ihrer Aussagen und Schriften als das aufgeführt und benannt, was sie sind: als Gift für die Menschheit. Doch eben aus ihrem Leben weiss Eva Herman, dass gerade diese Frauen und ihre Anhänger die Macht der Veränderung hatten. Gemessen an ihrer geringen Zahl war und ist der politische Einfluss in staatliche und private Belange der «Berufsfeministinnen» immens.

Die Forderung Eva Hermans «Da es um unser Überleben geht, sollten wir deren Schlachtrufe ignorieren!» ist folgerichtig. Und manch anderer Ruf schallt uns aus diesem Buch entgegen. «Sie verstehen unsere Sprache ohnehin nicht. Wir werden unseren Weg ohne diese Streiterinnen fortsetzen, ihr Kampfgeschrei können wir getrost überhören.»

«Der Schlüssel für ein Umdenken in der Gesellschaft sind wir Frauen!!»

Männliche Frauen; weibliche Männer

Die Verteidigung und das Bekenntnis zur Familie («zu einem Wir») greift sie ebenso auf, wie die Folgen der Entmännlichung, bis zu den heute ersichtlichen Nachteilen für Junge. Sowie die überzogene Sexualisierung unserer Gesellschaft und in allen Fällen die Me-

dienmacht, die uns ein Menschenbild vorgaukelt, welches im Volk kaum existent ist, nur von einer kleinen Randgruppe gelebt wird, und doch den Massstab für die herrschende Politik darstellt.

Das umfassende Thema Abtreibung enthält keine Entschuldigungen. «Man kann die fatale Bedeutung des Kampfes für die Legalisierung der Abtreibung gar nicht hoch genug einschätzen.» Einen Schwangerschaftsabbruch als harmlos herunterzuspielen, zeige auch den überaus feindseligen und ablehnenden Umgang mit einem ungeborenen Kind und das wenig einfühlsame Auseinandersetzen mit uns Frauen. Studien, die sich mit den seelischen Schädigungen von Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch beschäftigen, wären «gesellschaftlich nicht erwünscht».

Kinder ohne Elternbindung

«Das Drama unserer Kinder», «das Leid der Wehrlosen» findet in ihrem Buch breiten Raum. Das öffentliche Infragestellen frühkindlicher Betreuung, das heutige Fehlen der Mütter physisch und

psychisch, wird zu Recht als gewichtig zu nehmender Missstand beschrieben, welcher die Bindungs- und Beziehungslosigkeit unserer Zeit mitverursacht.

Die Grundrichtung ist jedoch eindeutig und auch in unserem Sinne folgerichtig. «Das Eva-Prinzip» beschreibt nichts, was nicht schon in konservativen Schriften oder Vorträgen gründlicher und umfassender behandelt worden wäre, und doch sollte dieses Buch gelesen werden. Es ist eine erfreuliche Entwicklung, dass trotz der teilweise lächerlichen Medienhetze dieses Buch zurzeit den Platz 2 unter den verkauften Sachbüchern erreicht hat.

Die europäischen Völker werden nur überleben, wenn es noch viele Frauen wie Eva Herman gibt, die sich endlich lösen und klar bekennen zu einem neuen (alten) Frauen- und Mutterbild. Die von den falschen und unheilvollen Ideologien der 68er genug haben und einen Schritt nach vorne wagen. Und wer weiss, vielleicht folgen ja noch mehr Schritte, die wir heute noch nicht für möglich halten.



Eva Herman «Das Eva-Prinzip» – Für eine neue Weiblichkeit, 260 Seiten, CHF 32.– ISBN 3-86612-105-9

Opfer wird zum Täter!

Wenn die Vereinigung «Pro Libertate» irgendwo eine Veranstaltung durchführt, werden die Medien besonders hellhörig. Schon die Beschreibung, «nationalkonservative Vereinigung» birgt garantiert Zündstoff. Als die Referentin Eva Herman durch 30 militante Feministinnen lautstark am Reden gehindert wurde, versuchten die Vereinsmitglieder die Chaotinnen zur Vernunft zu bringen. Als dies nicht gelang, legten offenbar einige «rechtsbürgerliche» Politiker selber Hand an.

Diese Zurechtweisung im Saal, für eine ungestörte Redefreiheit, wird einmal mehr ideologisch dargestellt. Man will dem Leser das Gefühl von Gewaltausbrüchen und schwerer Körperverletzung seitens der Veranstalter stimulieren. Unbeliebte Politiker auf der «rechten» Seite indirekt als Täter darzustellen, ist im Wahljahr immer eine willkommene Gelegenheit, um mit «linken» Kanonen auf «rechte» Spatzen zu schiessen!

Rolf Bolliger, Orpund

Im Informations-Dschungel

noch klar zu sehen, ist wahrhaftig eine schwierige Aufgabe! Dies nicht nur wegen der überreichen «Vegetation» an sich, sondern auch wegen der vielen Schling- und Giftpflanzen, die sich breit machen.

Oft bleibt einem wirklich nicht anderes übrig, als mit der Machete einen Pfad auszuhauen, um durchgehen zu können. Jenseits des Gestrüpps und von aussen gesehen, vermag man dann eher die Zusammenhänge zu erkennen, Wahrheit und Lüge auseinanderzuhalten und Propaganda von Berichterstattung zu unterscheiden.

Was passiert im Irak?

Es kann ob der täglichen Horrormeldungen nur verständnislos den Kopf schütteln, wer nicht ein ausgezeichnetes Gedächtnis oder eine hervorragende Dokumentation besitzt. Da werden von sunnitischen Widerstandskämpfern reihenweise schiitische Zivilisten, Angehörige der Polizei und gelegentlich Besatzungssoldaten umgebracht. Dazu kommt der Zusammenbruch der Rechtsordnung und der zivilen Sicherheit, was Verbrecherbanden zu einem lukrativen Entführungs-Erpressungs-Geschäft nutzen. Bereits sind mehrere Millionen von Menschen aus diesem vom Krieg und jetzt Bürgerkrieg zerrissenen Land geflüchtet; mehrere Hunderttausend Menschen haben ihr Leben, Millionen ihr Hab und Gut verloren.

Das Ganze ist das Resultat einer über 30 Jahre dauernden massiven Einflussnahme der USA, GB, aber auch von Frankreich und Deutschland auf die politisch-wirtschaftliche Entwicklung der Region. Zu erwähnen sind an dieser Stelle insbesondere die folgenden Fakten:

– Die Baath-Partei und Saddam Hussein wurden von den Westmächten konsequent unterstützt und mit Waffen (inkl. chemisch/bakteriologischen Komponenten) versorgt, solange der Irak als Schachfigur gegen den Iran einge-



Leidtragende der US-Angriffskriege ist immer die Zivilbevölkerung.

setzt werden konnte und Saddam Hussein willfährig die Interessen des eigenen Volkes hintanstellte. (Ölfrage, resp. Wirtschaftsinteressen der USA, GB und F). Das kostete den Irak (und den Iran) Hunderttausende von Kriegsopfern.

– Sowohl der 1. Golfkrieg, wie auch die mehr als 1 Jahrzehnt dauernde Embargo-Politik gegen den Irak waren Unrechtstaten der Westmächte. Diese wurden mit den Schauprozessen gegen, resp. dem Umbringen von Saddam Hussein und seiner Führungsmannschaft keineswegs abgeschlossen.

– Der sunnitische Bevölkerungsteil wurde im Gefolge des 2. Golfkrieges, dessen Begründung bekanntlich auf lauter Lügen basierte, am schlimmsten diskriminiert. Die Schiiten im Süden und besonders die Kurden im Norden des Irak sehen eher eine Chance, ihre Situation im neuen Irak zu verbessern, und sind deshalb vordergründig zur Zusammenarbeit mit den Besatzern bereit.

– Für die zum Widerstand gegen die USA und ihre Verbündeten entschlossenen Sunniten sind alle – vor allem die Schiiten, die zur Kooperation mit den Besatzungsmächten bereit sind, schlicht Verräter. Daraus erklärt sich der unerbittliche Kampf gegen die eigenen Volksgenossen.

– Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an den Kampf der französischen und der norwegischen Résistance während der deutschen Besatzung gegen das Vichy-Regime resp. die Quislinge in Norwegen!

Um was geht es wirklich?

Im Vorwort des Buches «Global Brutal» von Michel Chossudovsky finden sich folgende bedeutungsvolle Aussagen (Zitate):

Der Öffentlichkeit als «Kampagne gegen den internationalen Terrorismus» präsentiert, dient der Einsatz der amerikanischen Kriegsmaschine in Wahrheit der Ausweitung der amerikanischen

Einflussphäre nicht nur in Zentralasien und im Nahen Osten, sondern auch auf dem indischen Subkontinent und in Fernost.

Der Krieg führt nicht nur zur massiven Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit vom zivilen Sektor in den militärisch-industriellen Komplex, er beschleunigt auch die Beseitigung des Wohlfahrtsstaates in den westlichen Ländern. Die Legitimität des globalen Systems «freier Märkte» ist gestärkt und hat einer neuen Welle von Deregulierung und Privatisierungen Tür und Tor geöffnet. Das wird schliesslich zur privatwirtschaftlichen Übernahme aller öffentlichen Dienstleistungen und der staatlichen Infrastrukturen führen, einschliesslich der Elektrizität, der kommunalen Wasserversorgung und Kanalisation, der Autobahnen usw.

Statt nach den geschichtlichen Gründen des Krieges zu suchen, beschränkt man sich auf blosser Parolen, den «Kampf gegen das Böse» und die «Jagd auf Osama bin Laden». Solche Verkürzungen und Entstellungen sind Teil einer sorgfältig geplanten Propagandakampagne. Die Ideologie der «Schurkenstaaten», die das Pentagon bereits während des Golfkrieges 1991 entwickelte, dient als Rechtfertigung, um aus «humanitären Gründen» Krieg gegen Länder zu führen, die sich nicht der Neuen Weltordnung und den Grundannahmen des Systems «freier» Märkte fügen.

Unter der Neuen Weltordnung bestimmen die Militärplaner des Aussenministeriums, des Pentagons und der CIA die Aussenpolitik der USA. Sie unterhalten auch Kontakte zu den Vertretern des IWF, der Weltbank und der Welt Handelsorganisation (WTO). Die internationale Finanzbürokratie in Washington wiederum, verantwortlich für die mordrischen Wirtschaftsreformen, die sie der Dritten Welt und den meisten Ländern des ehemaligen Ostblocks aufzwingt, pflegt enge Beziehungen zum Finanzestablishment der Wall Street.

Die Mächte hinter diesem System sind die globalen Banken und Finanzorganisationen, der militärisch-industrielle Komplex, die Öl- und Energiegiganten, die Biotech-Konzerne sowie die mächtigen Medien- und Kommunikationsunternehmen mit ihren gefälschten Nachrichten und offenkundigen Verzerrungen der Weltereignisse.

Um was geht es also? Um Geld, um Macht, um Geld, um Macht, um...!

Wo stehen wir heute?

In diesen Tagen zirkulieren «Offene Briefe» an Angela Merkel, die deutsche Bundeskanzlerin und derzeitige EU-Vorsitzende. 15 Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft appellieren an sie, gegen die Auslösung eines neuen Nahost-Krieges durch die USA zu kämpfen. Einige Passagen aus diesen Briefen mögen die Dramatik der aktuellen Situation aufzeigen:



Es kann keinen Zweifel mehr daran geben, dass die USA die universale Herrschaft anstreben; und dies insbesondere in Regionen, die reich an Erdöl sind.

Alles deutet auf einen bevorstehenden, umfassenden Luftkrieg der Vereinigten Staaten gegen Iran. Studien der International Crisis Group zeigen, ein Angriff würde sich nicht auf die Zerstörung atomarer Anlagen beschränken. Die Flugzeugträger Stennis und Eisenhower sind bereits vor Irans Küsten stationiert. Laut «Guardian» vom 10. Februar ist ein dritter Flugzeugträger in Richtung Persischer Golf unterwegs.

Die drei Flugzeugträger und ihre Verbände verfügen über Waffen, die ausreichen, um die gesamte militärische und zivile Infrastruktur Irans, einschliesslich Brücken, Autobahnen, Elektrizitätswerke, Raffinerien, Wasserversorgungseinrichtungen, vollständig zu zerstören. Zur Abwehr iranischer Raketen gegen US-Kriegsschiffe wurden im Südirak Patriot-Raketen stationiert.

Die «New York Times» vom 9. Februar lieferte bereits unverblümt Vorwände für einen Angriff auf Iran, indem sie diesen für den Tod von 170 US-Soldaten im Irak verantwortlich macht. Gegen die Verbreitung solcher Vorwände wendete sich kein Geringerer als Zbigniew Brzezinski. Er warnte Anfang Februar vor dem Aussenpolitischen Ausschuss des ameri-



Die Flugzeugträger Stennis und Eisenhower sind bereits vor Irans Küsten stationiert.

Integration – das Zauberwort!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Seit Jahren ist bekannt, dass insbesondere die Untersuchungsgefängnisse mit Insassen ausländischer Herkunft überlastet sind. Jegliche Diskussion über die Ursache dieser unmöglichen und kostspieligen Situation – die unsinnig hohe Einwanderungsquote – wurde unterdrückt. Und doch ist es offensichtlich, dass die jährlich rund 100 000 Einwanderer – zu über 50 % aus fernen Kulturen – die Integrationsmöglichkeiten (und noch viel mehr die Assimilation) überfordert.

Die Entstehung ghettotaartiger Zustände in vielen Wohnquartieren, die zahlenmässige Dominanz ausländischer Kinder in manchen Schulklassen, die Bildung von Jugendgangs haben sehr viel mit der zahlenmässig hohen Einwanderung zu tun. Auch wenn dies seit jeher von Bundesräten (Furgler, Hürlimann u.a.) und der gesamten linken Prominenz abgestritten wurde.

Unbegreiflicherweise schwieg und schweigt die Lehrerschaft seit Jahrzehnten über die nicht mehr zu bewältigenden, pädagogischen Pro-

bleme die aus dem Zustrom von Menschen, die weder die Sprachbarriere überwinden können, noch unsere Institutionen und kulturellen Vorstellungen zu teilen vermögen – entstehen. Die Forderungen nach Integration oder gar Assimilation bleiben da in allzu vielen Fällen hohle Phrasen. Besonders wenn unter dem Spardruck noch Kleinklassen aufgehoben werden und immer mehr Stoff in kürzerer Zeit den Kindern vermittelt werden soll.

– Wenn in den Familien von Einwanderern aus fremden Kulturen den Kindern aus sprachlichem Unvermögen keine Unterstützung im schulischen Bereich geboten werden kann;

– wenn die Kinder in den kulturellen Vorstellungen ihrer Herkunftsgesellschaft verhaftet bleiben und damit in eine dauernde Konfrontationssituation mit unserer Gesellschaft manövriert werden;

– wenn die Halbwüchsigen mit unbefriedigenden (bis schlechten) Abschluss-Zeugnissen kaum Aussicht auf eine angemessene berufliche Bildung haben; braucht man sich wahrhaftig nicht zu wundern, dass zu viele von ihnen schon im Jugendalter auffällig werden. Der Weg in die Kriminalität – eventuell via Drogen-Misbrauch oder Dealer-Tätigkeit ist dann vorgezeichnet. Um «dabei» zu sein, braucht man Geld und dieses wird dann oftmals auf wenig saubere Art beschafft.



Das Multi-Kulti gescheitert ist, zeigt uns eindrücklich die immer wieder aufflackernden gewalttätigen Rassenunruhen in den Vorstädten von Paris.

Wir hätten zuwenig für die Integration unserer Einwanderer getan, wird jetzt – angesichts der sich häufenden sittlichen Entgleisungen junger Ausländer oder frisch Eingebürgerte – in Selbstanklage gemacht.

Stimmt das wirklich?

Integration und noch mehr Assimilation verlangen von Einwanderern vor allem ein aktives Bemühen um Überwindung einer allfälligen Sprachbarriere, einen ausgeprägten Willen die Sitten und Gebräuche des Gastlandes kennen zu lernen, ein bewusstes sich einfügen in die neue Gesellschaft mit ihren Strukturen (Vereine, Interessen – Gemeinschaften, Veranstaltungen).

Integration und noch mehr Assimilation verlangen von der Bevölkerung die Schaffung von Schulungsmöglichkeiten (Sprachkurse; Weiterbildungs-Institutionen, etc.) und die Offenheit von Vereinen und Organisationen zur Aufnahme von Zugewanderten. Es braucht auch das klare Bekenntnis zur eigenen Kultur. Ein Kulturmix in der Aufnahmebevölkerung (wie z.B. die Anglisierung oder die Übernahme vielerlei Verhaltensweisen, die kulturfremd sind) machen es Zugewanderten schwer, sich zu orientieren.

Während unsere Gesellschaft auch in der Vergangenheit die angesprochene Offenheit kaum vermessen liess, ist bei allzu vielen Einwanderern der Wille zur Integration und Assimilation wenig entwickelt.

Wie sonst wäre zu erklären, dass viele Zuzüger auch nach 15 Jahren Aufenthalt sich noch immer in der Landessprache kaum verständigen können.

– So wachsen deren Kinder zwischen den Kulturen auf, mit den oben angedeuteten Folgen!

Der Integrationserfolg hängt zu einem wesentlichen Teil von der Zahl der Einwanderer in der Zeiteinheit ab!

Zu Beginn der 70er Jahre wiesen wir immer wieder darauf hin, dass die Integration bei zu zahlreichen, jährlichen Einwanderern wegen der Ghettoerbildung verunmöglicht werde – und wurden dafür öffentlich abgekanzelt!

Seit der Jahrtausendwende stellen wir jährlich im Durchschnitt rund 100 000 Einwanderer (ohne die Asylbewerber!) fest. Dass gleichzeitig rund 50 000 Ausländer pro Jahr zurückwandern, verbessert die Situation keineswegs – ganz im Gegenteil! Es ist davon auszugehen, dass ein Grossteil dieser Rückwanderer wenigstens einen Teil der Integrationsarbeit geleistet hatte und dass damit alle Anstrengungen – von beiden Seiten – als verloren zu gelten haben. Die Integrationsbemühungen von Seite der Einheimischen werden damit zu einer Sisyphus-Arbeit.

Mit andern Worten: Die Wirtschaft, welche die Einwanderung immer neuer Arbeitskräfte und ihren Familien forciert, sabotiert damit die Integrationsbemühungen!

Wenn wir heute bei einer Einwohnerzahl von rund 7 500 000 über 1 500 000 Ausländer (ohne Asylbewerber und Botschaftspersonal) ausweisen, wird verständlich, dass die Schwierigkeiten zunehmen. Dabei hilft es auch nicht weiter, dass immer mehr (oft nicht assimilierte) Ausländer eingebürgert werden und damit die Statistik entlasten.

Schlussfolgerung

Wenn die politische Schweiz entgegen den Wirtschaftsinteressen nicht die Kraft aufbringt, auf die künstliche Bevölkerungszunahme mit Hilfe der Einwanderung zu verzichten, können wir dafür auf kostspielige Integrationsbemühungen ruhig verzichten.

Die Probleme bleiben nicht nur unlösbar – sie werden sich weiter verschärfen!

NB: Das schweizerische Mittelland ist heute zusammen mit den Niederlanden mit 500 Einwohnern pro km² auf Rang 2 der Bevölkerungsdichte. Noch dichter besiedelt ist lediglich Bangladesch!

– Die Bevölkerungszunahme in der Schweiz ist grösser als in den meisten europäischen Ländern. Im Zeitraum 1990–2002 war sie 8,2%. Zum Vergleich: Deutschland und Österreich je 3,5%; Italien 1,0%.

Im Informations-Dschungel

Fortsetzung von Seite 4

kanischen Senats Präsident Bush davor, Beweise für eine «defensive» Militäraktion gegen Iran zu konstruieren. Die Situation heute erinnert an die Lügenpropaganda in den Monaten vor dem Irak-Krieg.

Das Verhalten der USA bedeutet eine krasse Verletzung des Völkerrechts und der internationalen Konventionen sowie im höchsten Masse eine Gefährdung des Weltfriedens. Wir bewegen uns am Rande eines Atomkrieges. Das Arsenal an neuen Waffen, inklusive thermobarischen Waffen und Uranwaffen, die keinen Atompilz bilden, sondern auf andere Art Temperaturen bis 5000 Grad hervorrufen, setzt dennoch eine Verstrahlung unseres Globus in Gang.

Soeben wird bekannt (laut «Sunday Times» vom 25. Februar), dass

fünf Generäle und Admirale der amerikanischen Armee zurücktreten wollen, sollte Bush den Befehl zum Angriff auf den Iran erteilen. Im amerikanischen Kongress ist äusserst knapp ein Rückzugsantrag der Demokraten aus dem Irak-Krieg am Widerstand der Republikaner und an der Veto-Drohung von Präsident Bush gescheitert.

Leider gibt es keinen Anhaltspunkt, dass der amerikanische Präsident auf eine diplomatische Lösung hinarbeitet. Seine ständigen Beteuerungen, den diplomatischen Weg bevorzugen zu wollen, dienen lediglich der Täuschung des eigenen Volkes und der Europäer.

Er und seine Hintermannschaft im Pentagon und an der Wallstreet machen sich zum wiederholten Mal der Vorbereitung eines Angriffskrieges schuldig. Ein Verbrechen, das seit den Nürnberger Prozessen mit der Todesstrafe bedroht wird!

Hans Spitz, Köniz

Geschichte des Nahen Ostens

(Fortsetzung des Berichtes aus der SD-Nr. 3/2007)

(Fortsetzung und Schluss des Berichtes aus den SD-Nrn. 2–3/2007)

Quellen:

- 1.) Universallektion der NSB «Neue Schweizer Bibliothek», Schweizer Verlagshaus AG, Zürich, Ausgabe 1973
- 2.) Michael Krupp: Die Geschichte des Staates Israel. Von der Gründung bis heute. Gütersloher Verlag, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage 2004
- 3.) Ab ca. 1954 «Erfahrungen» des Schreibenden aus Berichten von Schweizer Tageszeitungen, Radio und später Fernsehen.

Sinai-Feldzug 1956

Ab 1951 häuften sich die Überfälle arabischer Freischärlerverbände auf Israel, die vor allem vom Gazastreifen aus operierten. Diese nannten sich Fedajin (Selbstmordkommandos) und überfielen die benachbarten israelischen Dörfer. Zwischen 1951 und 1955 kamen durch solche Selbstmordangriffe ca. 1000 Israeli ums Leben (Lit. 2). Auch der Zugang zu Elath war sehr gefährdet, denn die einzige Strasse dorthin führte ca. 200 km durch die Negev-Wüste direkt entlang der jordanischen Grenze vorbei. Von Jordanien aus wurde diese Strasse immer wieder überfallen, sodass zuletzt nur von Militär begleitete Konvois möglich waren. Elath war aber der einzige Zugang Israels nach Afrika und Asien, denn der Suezkanal blieb entgegen internationaler Vereinbarungen sowohl Israel selbst als auch allen von und nach Israel fahrenden Schiffen verboten. Schliesslich begann Ägypten, den Golf von Akaba an dessen Ausgang zum Roten Meer bei Sharm-el-Scheich am Südzipfel der Sinai-Halbinsel für nach und aus Elath kommende Schiffe zu blockieren. Das war, und ist heute noch, für Israel ein «casus belli» (= Kriegsgrund). Schliesslich begann im Jahr 1955 die Sowjetunion, Ägypten mit modernstem Kriegsmaterial aufzurüsten, u.a. den modernsten sowjetischen Panzern und Mig-Flugzeugen sowie Unterseebooten. Sowjetische Militärexperten bildeten die Ägypter auf diesen im Nahen Osten vorher noch nie gesehenen Waffen aus.

Die Israeli konnten natürlich nicht zuwarten, bis Ägypten zum Angriff auf Israel bereit war, insbesondere, da sich Israel wegen seiner «unmöglichen» langen Grenzen kaum verteidigen liess. Besonders gefährdet war die sogenannte «Wes-

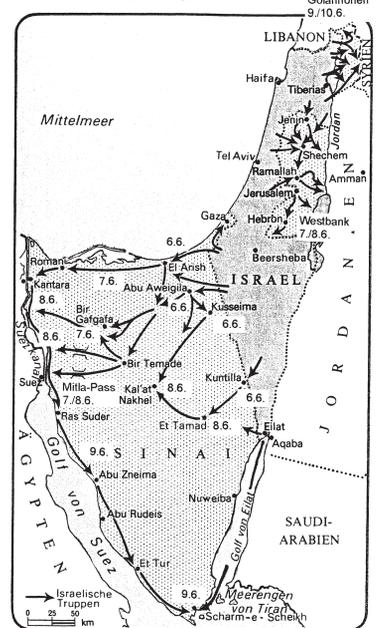
pentaille» Israels zwischen Haifa und Tel Aviv. Der Abstand von Jordanien bis zum Meer beträgt hier keine 15 km, für moderne Panzerverbände eine Sache von weniger als 30 Minuten. Hinzu kam, dass Ägypten im Jahr 1956 den Suezkanal verstaatlicht hatte, was dem Land die entschlossene Gegnerschaft von England und Frankreich zuzog. Diese beiden Staaten ermunterten Israel, die Sinai-Halbinsel zu erobern unter der Bedingung, sich nicht näher als 15 km dem Suezkanal zu nähern. Als am 25. Oktober Ägypten, Jordanien und Syrien ein Militärbündnis und ein gemeinsames Oberkommando verkündeten, war ein weiterer Konflikt vorprogrammiert. Am 29. Oktober 1956 landeten ca. 400 israelische Fallschirmspringer in der Gegend des strategisch wichtigen Mitla-Passes, ca. 30 km vom Suezkanal und ca. 160 km von Israel entfernt. Innert 24 Stunden drangen hierauf israelische Bodentruppen ebenfalls bis zum Mitlapass vor und vereinigten sich dort mit den Fallschirmjägern. Gleichzeitig drang eine Infanteriebrigade von Elath bis Scharm-el-Scheich vor und innert weniger Tage war die ganze Sinai-Halbinsel besetzt. Es mag überraschen, dass Ägypten trotz der vorher gegangenen monatelangen politischen und militärischen Provokationen von diesem Angriff so überrascht war, dass es nur noch gelang, den Grossteil seiner Truppen einigermaßen unbeschadet aus dem Sinai zu evakuieren. Die USA stoppten hierauf am 31. Oktober sämtliche Hilfsgelder für Israel. Da der Sicherheitsrat durch ein Veto Frankreichs blockiert war, erreichten die USA von einer ausserordentlichen Vollversammlung der UNO am 2. November einen Beschluss, der die Einstellung sämtlicher Kämpfe in der Region und den Rückzug auf die Ausgangslinien vom 29. Oktober verlangte. Hier sei daran erinnert, dass die Vollversammlung der UNO (damals wie auch heute noch) nur «palavern», aber keine rechtlich durchsetzbaren Beschlüsse fassen darf. Solche kann nur der Sicherheitsrat beschliessen, und dort haben die fünf Grossmächte USA, Sowjetunion (heute Russland), Frankreich, England und China ein Vetorecht. Ein einziger dieser Staaten kann also jeden Beschluss des Sicherheitsrates und damit der gesamten UNO verhindern, auch wenn alle anderen Staaten dafür sind. Die Ziele Israels, einerseits

die Selbstmordangriffe der Fedajin aus dem Gazastreifen zu unterbinden und andererseits den Golf von Akaba für die israelische Schifffahrt zu öffnen, waren also innert weniger Tage erreicht. Am 7. März 1957 zog sich Israel unter amerikanischem und sowjetischem Druck aus dem Sinai zurück. Als «Gegenleistung» wurden im Gazastreifen und im Sinai UNO-Truppen stationiert. Wie viel diese Stationierung von UNO-Truppen wert war (und auch wohl heute noch in anderen Regionen der Erde wert ist) wird im folgenden aufgezeigt.

Der 6-Tagekrieg 1967

Am 16. Mai 1967 verlangte Ägypten (damaliger Präsident Gamal Abdel Nasser) von der UNO, dass sie ihre Truppen aus dem Sinai zurück zöge mit der Begründung (Zitat), «dass die ägyptischen Streitkräfte den Befehl erhalten haben, sich zum Kampf gegen Israel vorzubereiten». Zur allgemeinen Überraschung (wohl auch von Nasser selber) folgte die UNO umgehend und zog ihre «Schutztruppe» brav ab. Ermuntert durch diesen leichten Erfolg gegen die UNO schloss Ägypten am 22. Mai die seit dem Sinaikrieg offene Strasse von Tiran am Ausgang des Golfes von Akaba für israelische Schiffe und Waren. Auch den Ägyptern war klar, was dieser Schritt bedeutete, denn Israel hatte seit jeher gesagt, eine Blockade des Hafens von Elath sei ein «casus belli»; ein weiterer Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten war nicht mehr aufzuhalten. Hinzu kam, dass Syrien begonnen hatte, zwei Quellflüsse des Jordans auf den Golanhöhen abzuleiten. Innert der ersten paar Stunden des 5. Juni 1967 hatten die Israeli sämtliche Flugplätze in Ägypten, Syrien und Jordanien zerstört und damit die komplette gegnerische Luftwaffe bereits am Boden vernichtet. Da Ägypten seine Flugzeuge teils auch in Lybien und dem Sudan stationiert hatte, wurden auch diese Flugplätze zerstört. Israel liess hierauf Jordanien um 10.00 Uhr desselben Tages mitteilen, dass dem Land nichts geschehen werde, falls es sich aus dem Krieg heraushalte. Die Antwort war ein Grossangriff der jordanischen Armee auf Jerusalem, wobei zuerst das Niemandsland mit dem UNO-Hauptquartier «erobert» wurde. Ausschlaggebend für diesen fatalen Entscheid Jordaniens waren wohl die Falschmeldungen

Der Sechs-Tage-Krieg, Juni 1967



der ägyptischen Propaganda, wonach die israelische Luftwaffe völlig zerstört sei, Haifa brenne und um Tel Aviv «furchtbare» Kämpfe stattfänden. Zusätzlich kam noch, dass die Jordanier von Ägypten anfliegende Fliegerverbände für Israel angreifende Flugzeuge hielten. In Tat und Wahrheit handelte es sich um israelische Flugzeuge, die nach der Ausschaltung der ägyptischen Luftwaffe an ihre Stützpunkte zurück flogen. So war dieser Krieg bereits nach wenigen Stunden vorentschieden, denn durch die totale Luftüberlegenheit Israels waren die ca. 10 000 ägyptischen Bodentruppen, die seit dem Abzug der UNO-«Schutztruppe» ab Mitte Mai in den Sinai einmarschiert waren, vollkommen schutzlos. Die grössten Schwierigkeiten hatte Israel mit der Eroberung von Jerusalem und den syrischen Golanhöhen. In Jerusalem hatten sich die Jordanier häufig in und um christliche und moslemische Heiligtümer verschanzt, sodass, zum Schutz dieser Heiligtümer, Israel keine schweren Waffen einsetzen wollte und hier deshalb schwere Häuserkämpfe stattfanden. Die Golanhöhen, von wo aus die Syrer seit 1948 immer wieder israelische Farmer in der Gegend des Sees Genezareth beschossen hatten, waren in den vergangenen 19 Jahren zu einer als uneinnehmbar geltenden Festung ausgebaut worden. Da die Abhänge des Golan Richtung Israel fast senkrecht sind, landeten die Israeli Fallschirmspringer auf dem Golan selber, von wo sie sich abteilten, um jede einzelne Stellung mit Handgranaten auszuschalten. Bereits am 19. Juni 1967, also keine 10 Tage nach Kriegsende vom 10. Juni, beschloss die israelische Regierung einstimmig, Ägypten den völ-

ligen Abzug aus dem Sinai und Syrien denjenigen von den Golanhöhen vorzuschlagen im Austausch gegen den Abschluss von Friedensverträgen und dem freien Zugang nach Elath (Lit. 2). Diese Staaten lehnten aber rundweg ab, und an der Konferenz der arabischen Staaten in Khartum (Sudan) vom 31. August/1. September kam es zu einer absoluten Ablehnung jeglicher Kompromiss- und Verhandlungsbereitschaft. Die einzelnen arabischen Staaten erklärten vor aller Welt die «drei heiligen Nein», die lauteten: Nein zu Verhandlungen, Nein zu einer Anerkennung und Nein zu einem Friedensvertrag mit Israel. Da kann man nur sagen: «Wer nöd wott, hätt gha».

Die UNO-Resolution 242

Da die Sowjetunion zwischen 1957 und 1967 die arabischen Staaten aufgerüstet hatte, zum Teil mit den damals modernsten Flugzeugen und Panzern, war sie durch die katastrophale Niederlage der arabischen Staaten besonders betroffen. Sie forderte deshalb den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten. Sie hatte damit nicht einmal in der UNO-Generalversammlung eine Chance. Im UNO-Sicherheitsrat hatte auch ein Vorschlag der Sowjetunion, «Rückzug aus allen besetzten Gebieten, gekoppelt mit einer Anerkennung Israels», keine Chance. England schlug deshalb folgenden Resolutionstext vor: «Rückzug aus besetzten Gebieten, gekoppelt mit der Anerkennung Israels». Am 22. November 1967 wurde diese englische Version als Resolution 242 vom Sicherheitsrat angenommen. In der französischen Übersetzung hiess es jedoch «aus den besetzten Gebieten». An dem kleinen Wörtlein «den» scheiden sich seither die Geister. Israel beharrt auf der offiziell angenommenen englischen Version «aus besetzten Gebieten», was eindeutig heisst, nicht aus allen Gebieten. Die arabischen Staaten beharren auf der französischen Übersetzung «aus den besetzten Gebieten», das heisst aus allen Gebieten.

Die Wirksamkeit (bzw. eher die Unwirksamkeit) der UNO zeigt sich hier wieder einmal ganz deutlich. In jedem Vertrag, der mehrsprachig abgefasst wird, heisst es normalerweise, welche Fassung bei Unstimmigkeiten gültig ist. Nicht so bei der UNO!!!

Der Jom Kippur-Krieg 1973

Am 6. Oktober 1973 griffen Ägypten und Syrien gleichzeitig Israel an. Das perfide an diesem Datum

war, dass es der höchste jüdische Feiertag, das Jom Kippurfest (Fastentag), ist. An diesem Tag darf während 25 Stunden nichts gegessen und getrunken werden. Die meisten israelischen Soldaten hatten deshalb wie üblich Urlaub, auch an den Grenzen, sodass die angreifenden arabischen Truppen kaum auf Widerstand trafen. Sowohl im Sinai als auch auf den Golanhöhen drangen die Ägypter bzw. die Syrer zunächst mit Leichtigkeit tief hinter die feindlichen Linien. Die Syrer wurden von jordanischen, irakischen und marokkanischen Streitkräften unterstützt. Der Umschwung an der Sinaifront kam, als am 16. Oktober der damalige Brigadegeneral Ariel Sharon mit einigen tausend Mann den Suezkanal überschritt. In den nächsten Tagen besetzte Israel das ganze Westufer des Kanals. Bei Sues, am Südende des Kanals, wurde eine ganze ägyptische Armee eingekesselt. Gleichzeitig waren die in den Sinai vorgerückten ägyptischen Truppen vom Heimatland abgeschnitten. Der Krieg war deshalb an dieser Front zu Ende. Danach wurden auf den Golanhöhen auch die Syrer zurück geworfen; die Israeli rückten bis auf 25–30 km vor Damaskus, d.h. bis auf Artillerie-Schussweite. Nach Verhandlungen zogen sich die Israeli nicht nur aus den neu eroberten Gebieten zurück, sondern sie gaben den Syrern einen grossen Teil des im 6-Tagekrieg eroberten Golan inkl. Kuneitra, der grössten Stadt in der Region, zurück. Dies ohne jede Gegenleistung von Syrien.

Friedensverträge und Friedensaussichten

Der Friedensvertrag mit Ägypten

Am 9. November 1977 erklärte Präsident Anwar es Sadat vor dem ägyptischen Parlament, im Beisein seines Gastes Jassir Arafat, (Zitat) «er würde bis ans Ende der Welt und selbst nach Jerusalem ins israelische Parlament fahren, wenn dadurch der Tod eines einzigen ägyptischen Soldaten verhindert werden könnte» (Zitatende). Zwei Tage später überraschte der israelische Ministerpräsident Menachem Begin die Weltöffentlichkeit und wohl am meisten Sadat selber, indem er ihn am Radio nach Israel einlud. Dieser konnte wohl nicht mehr zurück und reiste am 19. November 1977 nach Jerusalem. Damit war der Friedensprozess zwischen Israel und seinem militärisch weitaus gefährlichsten Gegner Ägypten ins Rollen gekommen. Der Friedensvertrag wurde am 26. März 1979 in Washington unterzeichnet, nachdem sich (erst in der Endphase der Friedensver-

handlungen) der damalige amerikanische Präsident Billy Carter in die Verhandlungen eingeschaltet hatte.

Der Friedensvertrag mit Jordanien

Nach langwierigen Verhandlungen unterzeichneten am 26. Oktober 1994 auch Israel und Jordanien einen Friedensvertrag.

Die weiteren Friedensaussichten

Hier stellen sich folgende Hauptprobleme:

Jerusalem

Nach den schlechten Erfahrungen mit dem geteilten Jerusalem zwischen 1949 und 1967 wird Israel freiwillig eine Teilung von Jerusalem nie zulassen. Umgekehrt verlangen die Palästinenser, dass ihre zukünftige Hauptstadt nur Ostjerusalem heissen dürfe. Dies ist nach Meinung des Schreibenden wohl das grösste Problem für einen dauerhaften Frieden, denn ein Kompromiss scheint in dieser Frage fast unmöglich.

Das Jordanwasser

Die verschiedenen Quellen des Jordans auf den Golanhöhen sind ein weiteres Problem. Israel muss befürchten, dass Syrien bei einer völligen Rückgabe des Golan die Quellen ableiten würde, wie es schon vor dem 6-Tage-Krieg versucht worden ist. Für Israel ist dieses Wasser jedoch lebenswichtig. Und eine Frage sei gestattet: Was würden die Araber mit diesem Wasser anfangen? Wohl dasselbe wie in den vergangenen 1500 Jahren, nämlich rein gar nichts.

Die Rückkehr der Flüchtlinge

Die UNO-Vollversammlung hatte einst beschlossen, dass die seinerzeit aus dem heutigen Israel geflüchteten Araber entweder in ihre ehemaligen Heimstätten zurück kehren dürften oder aber entschädigt werden müssten. Das ist wieder einmal ein typischer UNO-Ent-

scheid. Erstens ist dieser Entschädigung nichts wert, denn nur der Sicherheitsrat kann zwingende Beschlüsse fassen, wobei auch diese praktisch nur dann durchgesetzt werden können, wenn zufälligerweise mal alle Vetostaaten am gleichen Strick ziehen. Zweitens, wenn es die UNO ernst meinen würde, hätten zumindest die aus den arabischen Staaten geflüchteten Juden dasselbe Recht auf Entschädigung.

Ein solches Rückkehrrecht wäre ohnehin nicht durchführbar. Das würde ja dasselbe Recht für sämtliche Flüchtlinge der Welt nach sich ziehen. Man nehme nur das Beispiel Indien. Als Grossbritannien 1947 den indischen Subkontinent freigab, entstanden die beiden Staaten Indien und Pakistan (der frühere Ostteil Pakistans erklärte sich später als Staat Bangla Desh für unabhängig). Damals flüchteten ca. 40 Millionen Menschen oder wurden vertrieben; Moslems von Indien nach Pakistan und Hindus von Pakistan nach Indien. Mit der Bevölkerungsexplosion in diesen Staaten dürften das heute gut und gerne 200 Millionen sein. Es wird niemandem einfallen, auch hier eine Rückkehr in die Ursprungsstaaten zu verlangen. Oder wie sähe Europa aus, wenn auch hier nur schon alle Flüchtlinge, die während und nach dem 2. Weltkrieg fliehen mussten, in ihre früheren Heimstätten zurück kehren dürften.

Dauerhaften Frieden in der Region dürfte es nur geben, wenn einerseits beide Seiten, Israel und die Palästinenser, über ihre eigenen Schatten springen und zu vernünftigen Kompromissen bereit wären und vor allem auch, wenn sie die Extremisten auf beiden Seiten, die zu keinen Kompromissen bereit sind, in den Griff bekommen würden.

Dragan Najman, Baden

Ausländer begehen mehr Verbrechen als Schweizer

Statistisches Amt belegt diese Tatsache (Angaben des Bundesamts für Statistik)

Es ist seit langen bekannt, dass bei den schweren Verbrechen die Ausländer weit öfter straffällig werden als Schweizer. Nur die Linken und Netten wollen dies nicht wahr haben. Bei den Delikten insgesamt, also inkl. Parkbussen, Geschwindigkeits-Überschreitungen und weiteren kleineren Bussen stehen die Zahlen im allgemeinen immer ca. 50:50. Wenn man aber die Gefangenzahlen in den Gefängnis-

sen für Schwerverbrecher und Wiederholungstäter ansieht wie Lenzburg, Pöschwies (Regensdorf), Thorberg, usw. sieht die Sache gewaltig anders aus. Hier sind seit vielen Jahren die Ausländer mit Anteilen von 80 Prozent und mehr ganz klar voraus (Ausnahme: das Genfer Gefängnis Champ Dollon hat «nur» knapp 70% Ausländer). Berücksichtigt man dazu, dass die Ausländer nach offiziellen Angaben «nur» 20% der Bevölke-

Fortsetzung Seite 12

Einladung zur SD-Delegierten- versammlung 2007 in Wattwil/SG

Samstag, 5. Mai, ab 10.15 Uhr im Kongresszentrum Thurpark in Wattwil (3 Gehminuten vom Bahnhof, eigene Gratis-Parkplätze vorhanden).

Die SD im Kanton St. Gallen feiern ihr 40-jähriges Partei-Jubiläum. Der SD-Kantonalvorstand möchte deshalb möglichst viele Schweizer Demokraten aus anderen Kantonen ins Toggenburg einladen. Das Toggenburg ist nicht nur das Tal der Schwingerkönige und des Olympia-Siegers und des diesjährigen Weltmeisters im Skifliegen; es bietet eine fast noch unverbetonierte Landschaft.

Zur Begrüssung der Delegierten spielt ab 10.15 Uhr die Musikkapelle «Chüesis-Gruess» aus Wattwil, bevor es zu den Traktanden übergeht. Wer Mitglied der Schweizer Demokraten ist, der wende sich an



Die Iburg trohnt über Wattwil.

seine Kantonalsektion. Die Anzahl stimmberechtigter Delegierter ist statutarisch festgelegt. Zudem ist es möglich, auch als Gast an dem SD-Anlass teilzunehmen. Eine Einladung erhalten Sie auf Anfrage bei unserem Sekretariat in Bern. Diese Einladung wird auf die betreffende Person ausgestellt. Einlass erhält nur, wer sich ausweisen kann.

zeigt die völlig unschweizerische Mentalität einer verdorbenen Elite. Total unverständlich allerdings ist die Haltung der Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die auf die sogenannten «flankierenden Massnahmen» hofften und mit diesem Argument die Wirtschaft unterstützten und dem Volk Annahme der Personenfreizügigkeit empfahlen.

Mobbing, Lohndrückerei, Entlassungen, Sozial- und Gesundheitsprobleme und vieles mehr sind die schwerwiegenden Folgen dieser verfehlten Politik. Hut ab vor den Schweizer Demokraten; sie haben die Vorlagen wie Bilaterale, Schengen und Osterweiterung zur Ablehnung empfohlen und tragen keine Verantwortung an diesen katastrophalen Entwicklungen.

...mich laust der Couchepin!

Stöhnt nicht das ganze Land über 87 Krankenkassen, die seit mehr als 15 Jahren so gewaltig aufschlagen, dass gut 140000 sie nicht mehr zahlen können und bald der Hälfte die Prämien von Sozialamt und Hilfswerken finanziert werden? Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Grüne hatten zum zweiten Male eine Initiative lanciert, medienstark und mit Blick auf die kommenden Wahlen von Familienpolitik gepredigt – wohlwissend, dass eine Finanzierung über das Einkommen Ehrliche (die nicht schwarz arbeiten) und den Mittelstand regelrecht bestraft hätte. Selbst nach der erneuten, 71-prozentigen Niederlage vom Sonntag und in Anbetracht von Millionenkosten für die Abstimmung – die sachlich nichts brachte, darf ein Herr SP-Präsident lang und auf allen Medienkanälen als «Fachmann» und natürlich mit Blick auf die Herbstwahlen sich und seine linken Freunde «volksnah» präsentieren...

Aber den «Vogel abgeschossen» hat Bundesrat Couchepin! Erfreut ist er, weil das Volk «den Wettbewerb einer Monopollösung» vorziehe – typisch FDP! Von all den Problemen und millionenschweren Miss-

bräuchen dank FDP-Einwanderungs- und Wachstumspolitik, kein Wort! «Reformen» heisst sein Rezept und pro Jahr eine Stabilisierung des Prämienanstiegs auf 2–3%! Das heisst «die Schraube» wird für Normalbürger weiter «angezogen», das Gesundheitswesen wird noch teurer! Warum denn das? Die jährliche Teuerung in all den vergangenen Jahren war doch viel tiefer? Gut, eine gewisse Überalterung ist schuld, eine teure Technik und natürlich steigende Ansprüche. Doch das ist bei weitem nicht alles! Die Missbräuche sind gewaltig und werden dem Volk verheimlicht! Da bald 470 Millionen (auch EU-Ost) kommen dürfen, wird alles nur noch schlimmer. Die IV mit 12 Mia. Schulden und die AHV mit 5 Mia. sind nur zwei Beispiele des gewaltigen Versagens der Regierenden und Profitierenden in diesem Lande! Wann wird endlich ehrlich argumentiert? Wann werden «kritische» Medien kritisch?

Willy Schmidhauser, Dettighofen



Inflationäres Kennzeichen D



(shh) Das Bild zeigt einen Parkplatz hinter einem ländlichen Gasthof im hintersten Winkel einer Deutschschweizer Gemeinde. Nicht einsehbar von der Kantonsstrasse, sind dort jeden Abend unter der Woche fünf bis sieben Personenwagen parkiert. Eines haben diese Wagen gemeinsam: Sie tra-

gen deutsche Nummernschilder. Es sind offensichtlich fleissige Werkstätige und Einzelunternehmer, die wegen der Verlogenheit unserer Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertreter und dank der Dummheit einer Mehrheit der Schweizer Stimmenden hier zu niedrigen Konditionen arbeiten dürfen. Mit der Annahme der Personenfreizügigkeit im Rahmen der Bilateralen Verträge ist diesen Fremden hier erlaubt, in Konkurrenz zu Einheimischen zu stehen. Dass die geldgierige Wirtschaft mit dieser Öffnung gegenüber der EU den Verlust von Arbeitsplätzen der Einheimischen in Kauf nimmt,

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 SD Schweiz: DV am 5. Mai 2007, 10.30 Uhr, Kongresszentrum Thurpark, Wattwil

 Bezirke Baden / Brugg / Zürzach: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen

Aargau West: Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal: Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rössli, Eiken

 Sektion Reinach und Umgebung: Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»

 Kantonalpartei Basel: Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Rest. Rheinfelderhof

 Kanton Bern: DV am Freitag, 13. April 2007, 19.30 Uhr im Restaurant Bären, Bern-Bümpliz

Stadt Bern: Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. DV am Freitag, 20. April 2007, 19.30 Uhr, Restaurant Bären, Bümpliz-Bern

Sektion Köniz: Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz

Sektion Berner Oberland: Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/Konolfingen: Jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun

 Innerschweiz: Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern

 Sektion Wil und Umgebung: Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil

Sektion St. Gallen: Jeden letzten Mittwoch des Monats ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1, nächstmals am 25. April 2007 30. Mai: Pistolenschüssen, Wehrstr. 8, St. Gallen

 Sektion Bülach: Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstrasse 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg

Sektion Dielsdorf: Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf-Watt

Sektion Hinwil: Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)

Anlässe für 2007 melden an: sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

SD 



Multikulturell = Multikriminell

Langsam «dämmert» es

Die Schweizer Demokraten warnen schon lange

Seit Jahrzehnten warnen die Schweizer Demokraten bzw. die Nationale Aktion vor den Folgen der Überfremdung, unter anderem auch wegen der Kriminalität. Kein Wunder zieht die Schweiz ausländische Kriminelle an wie Licht die Mücken. Unsere Gefängnisse müssen sehr vielen Leuten aus angeblich «unterentwickelten» Ländern wie 5-Stern-Luxushotels vorkommen. Mit dem, was die Strafgefangenen in unseren Gefängnissen als Verdienst («Peculium» genannt) erhalten, können sie in vielen Ländern ihre ganze Grossfamilie ernähren. Und auch vom Essen und anderen «Annehmlichkeiten» können sie in ihren Heimatländern nur träumen.

Jetzt gibt es endlich auch ausserhalb unserer Partei vermehrt Stimmen, die drastische Massnahmen gegen kriminelle Ausländer fordern. Ich meine damit nicht die diversen SVP-Palaveri, die viel reden aber nichts unternehmen, denn eine härtere Ausländerpolitik könnte sie ja billige Arbeitskräfte kosten. So äussert sich der Zürcher Kripochef Bernhard Herren deutsch und deutlich: «Wer sich nicht integrieren kann oder nicht will, muss ins Herkunftsland zurück. In Fällen, in denen ein Jugendlicher immer wieder kriminell wird und sich die Eltern nicht um sein Verhalten kümmern, stellt sich irgendwann die Frage, ob er

nicht mit der ganzen Familie nach Hause geschickt werden kann.»

Und von noch höherer Warte: Selbst Bundesrat Couchepin ist mittlerweile so weit, folgendes zu verlangen (Interview im «Le Matin dimanche» Ende Februar 2007): «Wenn junge Ausländer ein schweres Delikt begangen haben, sollen sie ausgeschafft werden können.» Und weiter «Die jungen Straftäter müssen die Konsequenzen ihrer Taten tragen und begreifen, dass sie nicht in einer Scheinwelt leben, sondern in der Realität.» Allerdings will Couchepin nicht, dass die Familien der Täter für deren Taten mit bestraft werden. Das schränkt die so hohen Vorgaben Couchepins aber gehörig ein. Denn Minderjährige fallen dann von vorneherein weg – und da gibt es ja noch den viel zitierten Familienzusammenzug.

Und vergessen wir nicht unsere sogenannten «Hilfswerke» wie Caritas, HEKS, Brot für Alle usw. oder die linken Parteien und Gewerkschaften. Diese werden wie bisher alle Hebel (auch illegale) in Bewegung setzen, um Ausschaffungen zu verhindern.

Wegen der obigen längeren Artikel können wir dieses Mal in unserer Rubrik «Multikulturell = Multikriminell» nur die gravierendsten der in letzter Zeit bekannt gewordenen Straftaten melden und auch diese möglichst in Kurzfassung.

– **NZZ 28.2.2007:** Achtköpfige chilenische Diebesbande ausgehoben. Der Diebesbande, die sich offenbar auf Hotelgäste spezialisiert hatte, werden 86 gewerbs- und



Der Zürcher Kripochef Bernhard Herren fordert: «...in Fällen, in welchen ein Jugendlicher immer wieder kriminell wird, stellt sich die Frage, ob er nicht mit der ganzen Familie nach Hause geschickt werden kann.»

bandenmässige Diebstähle mit einer Deliktsumme von ca. 350 000 Franken zur Last gelegt.

– **NZZ 28.2.2007:** Das Obergericht Zürich verurteilte einen 26-jährigen Iraker wegen **vorsätzlicher Tötung zu 9 Jahren Freiheitsstrafe**. An der Street Parade vom 13. August 2005 hatte der Iraker im Zürcher Hauptbahnhof einen 31-jährigen Algerier niedergestochen, der daraufhin verblutete. Übrigens: Der Iraker hatte seinerzeit als Asylgrund lediglich angeben, «er wolle nicht sein Leben lang Schafe hüten». **Und man lese und staune:** Selbst bei diesem, jedem Kind klar ersichtlich unbegründeten Asylgesuch brauchte das Migrationsamt 3 (in Worten drei) Jahre (!!!), um das Asylgesuch abzulehnen. Da nützt auch das schärfste Asylgesetz nichts.

– **NZZ 1.3.2007:** Zwischen Dezember 2006 und Januar 2007 ha-

ben zwei 17 und 21 Jahre alte Bur-schen aus dem ehemaligen Serbien-Montenegro nicht weniger als dreissig Einbruchdiebstähle verübt, wobei sie vor allem Schmuck und Bargeld im Wert von mehr als 350 000 Franken erbeuteten. Eines muss man den beiden lassen: Fleissig waren sie wenigstens.

– **AZ und NZZ 5.3.2007:** Ein 19-jähriger Mann aus dem ehemaligen Serbien-Montenegro hat zusammen mit einem ebenfalls 19-jährigen Landsmann sowie einem 18-jährigen Türken (die beiden letzteren werden noch gesucht) beim Bahnhof Aarburg (AG) gegen 20 Uhr vorerst Passanten und Autos mit Steinen beworfen und dann einen 18-Jährigen verprügelt und ihm das Portemonnaie sowie ein Mobiltelefon geraubt. Das Schweizer Opfer musste im Spital behandelt werden.

– **TA 9.3.2007:** Am 22. Februar wurde in Zürich-Enge ein Bijoutier überfallen und ermordet. Am 1. März wurde in Deutschland ein dringend der Tat verdächtiger Litauer verhaftet. Die Schweiz will die Auslieferung dieses Mannes verlangen.

– **NZZ 6.3.2007:** Zehn Tage nach dem tödlichen Raubüberfall auf einen Bijoutier in Zürich-Enge wurde wieder ein Uhren- und Schmuckgeschäft in Zürich mit Waffengewalt überfallen. Die beiden Täter sprachen Englisch mit osteuropäischem Akzent und erbeuteten Schmuck im Wert von mehreren hunderttausend Franken.

Es lebe die EU-Osterweiterung!

Jetzt wissen wir Genaueres!

Überraschende Umfrageergebnisse zum «Schweizer Demokrat»

Was gefällt und was missfällt unserer Leserschaft im Schweizer Demokrat? So lautete die Hauptfrage, welche in der Januar-Ausgabe gestellt wurde. Um aussagekräftige Antworten zu erhalten, forderte die Redaktionsleitung die Leserinnen und Leser auf, den in der Zeitung abgedruckten Fragebogen auszufüllen und zurückzusenden.

Unsere Auswertungen stützen sich auf 165 eingegangene Fragebogen. In diesen fanden sich auch oft zusätzliche interessante Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge. Gar mehrseitige Stellungnahmen wurden uns zugestellt. Anzumerken ist, dass verschiedene Teilneh-

mer nicht auf jede Frage antworteten, sondern auch ausnahmsweise die eine oder andere offen liessen. Trotzdem darf hier von einer Leserumfrage gesprochen werden, die sich repräsentativ nennen darf. Deshalb ein herzliches Dankeschön an alle, die hier tatkräftig mitgeholfen haben.

Der Schweizer Demokrat «gefällt» der grossen Mehrheit der Leser sehr gut; dies ist der Grundtenor! Beinahe könnten wir uns zurücklehnen und zur Tagesordnung übergehen. Wir sind jedoch voller Tatendrang und werden alles tun, um die Qualität der Zeitung anzuheben, um so der Leserschaft mehr bieten – und auch politisch inten-

siver wirken zu können. Die Redaktionsleitung wird den eingeschlagenen Weg der Reformen weiterführen. Jetzt kennt sie die Wünsche und Anliegen der Leserschaft noch besser!

Bestimmt ist kaum jemandem entgangen, dass die Zeitung seit Mitte 2006 bunter (richtig farbige Bilder!) daherkommt und ebenso mehr Fotos und Tabellenmaterial beinhaltet. Die Zeitung ist in ihrer Struktur auch lockerer geworden. Unsere Aussagen haben aber mit «Schönreden» der Sache nicht das Geringste zu tun.

Was muss denn anders werden?

Die Auswertung der Fragebogen ergab – trotz des Eigenlobs – aber einige Schwachpunkte in der Zeitung, so wie sich diese heute noch präsentiert. Die nachfolgenden

Aussagen können durch ein Punktezuordnungsverfahren nachgeprüft werden. Tatsachen sind:

– Die beispielsweise in den letzten Monaten verfassten Leit- und vor allem Hintergrundartikel von Valentin Oehen kommen bei den meisten Lesern sehr gut an, auch wenn der Verfasser gedanklich nicht speziell der US-Politik der Bush-Administration hinterherläuft. Kaum eine Handvoll von Lesern stört sich etwa an der kritischen Betrachtungsweise des Geschehens im Nahen Osten. Die grosse Mehrheit der Leser schätzt Informationen, die von anderen Medien elegant «umschiff» werden.

– Die Textbeiträge im Schweizer Demokrat aller redaktionellen Mitarbeiter werden generell als sehr

Jetzt wissen wir Genaueres

Fortsetzung von Seite 9

sachlich wahrgenommen (133 als gerade recht, 21 wünschen sich mehr «Sachlichkeit» und «weniger» – fordern bloss 4!

– Die Leit- und Hintergrundartikel sollen aber umfangmässig eher gekürzt werden. Kaum jemand ist noch geneigt, seitenlange Texte zu lesen. In der Kürze liegt bekanntlich die Würze!

– Die «politische Schärfe» der Texte darf hingegen eher zunehmen (75 sind für mehr und nur 2 für weniger. 84 Leser sind mit dem heutigen «Salz» in der Suppe zufrieden.

– Der Wunsch Themen in der Zeitung kontroverser zu diskutieren – hält sich in Grenzen. Drei gleich grosse Lager halten sich die Waage.

– Die Berichterstattung aus den Kantonen muss hingegen ausge-

baut werden, denn diese wird allgemein beanstandet. Die Leute interessieren sich dafür, was sich in ihrer «Nähe» so alles abspielt.

– Die Seite «Leben und Umwelt» stösst erfreulicherweise kaum auf Kritik, das Gegenteil ist der Fall. Im bisherigen Sinne fortfahren!

– Die Junge Stimme (JSD) bedarf hingegen einer «Überarbeitung». Mit 30 Rückantworten mit «zufriedenstellend» lässt sich kein Kranz gewinnen.

– Bei der Rubrik «Leserbriefe» gibt es gar ein Dutzend «ungenügend». Leserbriefe müssen in unserer Zeitung mehr Raum erhalten.

– Ähnlich ergeht es dem «Veranstaltungskalender». Als «bestens» wird er kaum wahrgenommen. 13 empfinden ihn als «ungenügend». Man erwartet regelmässige und weitergehende Hinweise zu Veranstaltungen und Aktivitäten. Dies dürften auch solche sein von be-

freundeten Organisationen wie der AUNS.

– Niemand (keine Person!) möchte in der Zeitung weniger Fotos und Karikaturen vorfinden. Fotos beleben die Texte!

– Mit dem heutigen Erscheinungsbild (Format, Gestaltung, Textplatzierungen, sind sozusagen alle zufrieden (149 Ja zu 12 Nein).

– Keine Parteizeitung sollte nach dem Lesen ins Altpapier wandern, sondern an Interessierte weitergegeben werden.

Schlussfolgerungen

Dutzende von Themen wurden «vorgeschlagen», die vermehrt in der Zeitung behandelt werden sollten. Dies sind u.a. (ohne hier eine Prioritätenliste vorzulegen): Kampf dem Antirassismusetz, Probleme in den EU-Staaten, mehr Zahlenmaterial und Statistiken, Ursachen der Überfremdung, Fa-

milie und Kind, Klimaerwärmung, Tierschutz, Polizeistatistiken/Kurznachrichten, Linksradikalismus, frühzeitigere Informationen über Abstimmungen, u.ä.

Es muss auch ernsthaft geprüft werden, ob der «Schweizer Demokrat» künftig nicht alle zwei Wochen erscheinen soll (75 Ja zu 38 Nein).

Mit diesem Vorgehen könnten mehrere Unzulänglichkeiten von heute wirkungsvoll verbessert werden: Aktualität, breitere Information, mehr Raum für Leserbriefe u.a.m. Immerhin haben sich bei einem solchen Vorgehen von 89 Antwortenden deren 76 für eine Abo-Preiserhöhung ausgesprochen, um das erwähnte Vorhaben auch finanzieren zu können. Schön so, denn das Zeitungsmachen hat auch etwas mit einer gesunden Ertragslage zu tun. Packen wir's an!

i.A. Markus Borner, Basel



Kanton Bern



Burgdorf: 20 Prozent für Adrian Wyss (SD):

Mehr als ein SD-Achtungserfolg!

Die Schweizer Demokraten (SD) sind hoch erfreut über das hervorragende Abschneiden von Adrian Wyss anlässlich der Gemeinderatswahl in Burgdorf. So konnte Adrian Wyss 731 persönliche Stimmen erzielen, was 19,45% aller Stimmen ausmacht. Selbst böswillige Unterstellungen seitens gewisser Medien, die Adrian Wyss in die rechtsextreme Ecke stellen wollten, konnten das ausgezeichnete SD-Resultat nicht schmälern.



Adrian Wyss

Anlässlich einer Gemeinderatsnachwahl in Burgdorf vom 11. März 2007 stellten sich die ehemaligen SP-Grossrätin und Anwältin Annette Wisler, welche glanzlos gewählt wurde, der populäre Organisator des Burgdorfer Stadtlaufer Urs Pfister (CVP) sowie unser Präsident der neugegründeten SD-Regionalsektion Burgdorf/Emmental/Oberaargau, Adrian Wyss, einer Stichwahl um einen freigewordenen SP-Sitz in der Stadtregierung. Selten sah ich einen SD-Spitzenkandidaten so um jede Stimme kämpfen wie Adrian Wyss. Zahlreiche ehrenamtliche SD-Wahlkämpferinnen und -Wahlkämpfer verteilten in zahllosen nächtlichen Stunden sowohl ein SD-Flugblatt, die nationalkonservative Zeit-

schrift «Bern aktuell», wo Wyss einen längeren Artikel zum Thema Jugendgewalt verfassen durfte, sowie unsere Parteizeitung «Schweizer Demokrat» in beinahe sämtliche Haushalte in der Stadt Burgdorf. Dieser Aufwand wurde dann auch mit dem hervorragenden Wähleranteil von beinahe 20 Prozent für unseren Kandidaten belohnt.

Die Rassistuskeule ist stumpf geworden!

Verschiedene Medien versuchten im Wahlkampf Adrian Wyss damit zu schaden, indem ihm vorgeworfen wurde, dass er vor zwei Jahren persönlich Unterschriftenbogen des SD-Referendums gegen Schengen und die Ost-Personenfreizügigkeit in einem Versammlungslokal der PNOS so genannten rechtsextremen Aktivisten überreicht haben soll. Dieser «Vorfall» wurde seinerzeit von der linksextremen und gewaltbereiten Antifa-Organisation publik gemacht und von fast allen Berner Medien weiterverbreitet. Wyss stritt sein Engagement nicht ab und verwirrte so die Medien, welche versuchten, unseren Kandidaten inquisitorisch in eine rechtsextreme Ecke zu drängen. Dagegen verwies Adrian Wyss im Wahlkampf geschickt auf das gewaltbereite linksextreme Milieu und die Ausländergewalt hin, die in der Presse, wenn nicht ver-

schwiegen, so doch zumindest stark verharmlost wird. Unser positives Fazit aus den Ereignissen in Burgdorf: Die völlig übertriebene Stigmatisierung des so genannten Rechtsextremismus durch die meist links stehenden Medienschaffenden verfängt schon lange nicht mehr. Zu gravierend sind mittlerweile Straftaten von ausländischen Jugendbanden, zu augenfällig auch Gewalt an Personen und Sachbeschädigung aus dem linksextremen Milieu. Die mediale Rassistuskeule ist stumpf geworden!

Die SD-Parteileitung dankt Adrian Wyss sowie den zahlreichen vorwiegend jungen und ganz jungen SD-Aktivistinnen und -Aktivisten der SD-Paradesektion Burgdorf/Emmental/Oberaargau für ihren unermüdlichen Einsatz für Volk und Heimat und wünscht der frisch gebackenen SD-Regionalsektion im Hinblick auf die Wahlen in der Emmestadt im kommenden Jahr viel Erfolg und Durchhaltevermögen!

Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralpräsident



Kanton Basel-Land



Rückblick auf die Baselbieter Wahlen

SD vom Pech verfolgt?

Alle 4 SD-Vertreter (inkl. einer Landrätin) abgewählt. John Stämpfli vertritt als neuer SD-Landrat alleine unsere Partei im kantonalen Parlament. Rudolf Keller machte als Herausforderer im Regierungsratswahlkampf eine sehr gute Figur. Trotzdem reichte es nicht (mehr). Was ist schief gelaufen?

Die Schweizer Demokraten erzielten kantonal bei den Landratswahlen vom 11. Februar gerade noch 2290 Stimmen (Parteiwähler) oder anders gesagt, einen Wähleranteil von 3,48% und somit ein Mandat (vor 4 Jahren 3277 Stimmen, d.h. 5,56% Wähleranteil und 4 Mandate). Ein Drittel unseres Wähleranteils ging verloren. Auch wenn die SD in den letzten 4 Jahren nicht als Fraktion wirken konnte – dazu

fehlte der 5. Mann/oder Frau – durfte sich der Leistungsausweis unserer 4er Parlamentsgruppe sehen lassen. Trotzdem verlor die Partei in allen Wahlkreisen, ausser im Wahlkreis Laufen (Spitzenkandidat war der junge JSD-Vertreter Michel Frey) und im Wahlkreis Waldenburg (Spitzenkandidatin war die bisherige Landrätin Margrit Blatter) Wählerinnen und Wähler! Da für die Mandatszuteilung die Parteistimmenanteile mehrerer Wahlkreise zusammengezählt werden und die Schweizer Demokraten meist Wähler verloren haben, reichte auch dies nicht mehr für den Erhalt der bisherigen Sitze. Eine Kleinpartei hat es mit einem solchen Wahlgesetz sehr schwer, denn ein solcher Wählerverlust zeigt harte Folgen: Da geht

im Wahlkreis nicht eins von zwei Mandaten verloren, nein, das eine (letzte) Mandat löst sich in Nichts auf! Als Regierungskandidat erzielte Rudolf Keller beachtenswerte 7694 Stimmen. Dieses Resultat entspricht gut einem Viertel des Stimmenanteils, welches z.B. der neugewählte SVP-Regierungsrat Jörg Krähenbühl erreichte. Wohlverstanden: Krähenbühl – wie alle andern Bürgerlichen – wurden von einer Wahl-Allianz von FDP, CVP und SVP «getragen». Die SP und die Grünen bildeten für ihre Regierungskandidaten ebenfalls ein «Bündnis». Rudolf Keller war hingegen ohne «Päckli», weshalb sein Resultat, im Alleingang erzielt, als Achtungserfolg bezeichnet werden darf. Dem Kandidatenauswahlverfahren und der Demokratie tat es gut, dass sich Rudolf Keller als Regierungskandidat und als Politiker des «Dritten Weges» eingemischt hat.

Im Landrat: Sogar Rudolf Keller wurde ein Opfer...

Der SD-Kantonalpräsident erzielte in seinem Wahlkreis Pratteln mit 1795 ein persönliches Spitzenresultat. Durch seinen hohen Bekanntheitsgrad (35 Jahre in der Baselbieter Politik, bisheriger Landrat, Regierungskandidat) erreichte er mehr als 3 mal soviel Stimmen wie der Zweitplatzierte auf der SD-Liste. Die SD-Listen in den andern Wahlkreisen erzielten aber meist zuwenig Stimmen, um den Bisherigen (Margrit Blatter, Rudolf Keller, Urs Hammel und Bruno Steiger) das Mandat zu sichern. Die verlorenen Stimmen gingen auch nur zu einem ganz kleinen Teil zur SVP! Offensichtlich ist es so, dass unsere potentiellen Wähler/innen in einem gewissen Masse gar nicht mehr an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen (Schlagwort: «Sie machen ja doch was sie wollen!»).

Wahlkampf heisst immer voller Einsatz!

Rudolf Keller hat als Wahlkampfleiter und Regierungskandidat ideen- und einsatzmässig alles gegeben, was möglich war. In einem Wahlkampf ist es aber (gerade heutzutage!) notwendig, dass alle Kandidierenden und alle aktiven Parteimitglieder und Sympathisanten in die Hosen steigen (ähnlich die Frauen!) und mit allen Mitteln mögliche Wähler/innen ansprechen. Der Wahlkampf muss an der Basis geführt werden: Gespräche mit Freunden und Bekannten, Standaktionen auf der Strasse, Leserbriefe schreiben zu Themen, welche die Bevölkerung bewegen u.a.m.

Wie weiter?

Vieles wurde in diesem Wahlkampf sehr gut gemacht. Aus Versäumnissen und Erfahrungen müssen Lehren gezogen werden. Bei einem Skirennen fehlen dem Zweitplatzierten meist nur wenige Hundertstel von Sekunden für den Sieg. In der Politik ist es ähnlich. SD-Politiker/innen müssen mit mehr als nur Durchschnittswerten aufwarten. Überdurchschnittliches ist notwendig! Die Schweizer Demokraten als Partei braucht es nach wie vor. Keine andere Partei (schon gar nicht jene, die vorgeben, patriotisch zu sein!) übernimmt den Kampf für den Erhalt von Volk und Heimat!

John Stämpfli hält weiterhin die SD-Fahne hoch



Rudolf Keller

Abgewählt – trotz 1795 persönlichen Stimmen.



John Stämpfli

Neugewählter SD-Landrat ...wie die Jungfrau zum Kinde!
Der Münchensteiner kandidierte nicht

zum ersten Mal auf der Liste der Schweizer Demokraten. Jetzt wurde er mit 259 Stimmen (das Baselbieter Wahlgesetz lässt grüssen!) gewählt. Wir gratulieren dennoch herzlich und sind froh, dass wenigstens er es geschafft hat! Auch ein einzelner Parlamentarier kann schon etwas bewegen. Andere haben dies schon bewiesen. Zudem darf der neue SD-Landrat auf die Erfahrungen der «beurlaubten», aber erfahrenen früheren Parlamentarier zählen. Was bleibt – ist den in diesem Wahlkampf Engagierten für ihren Einsatz zu danken. Auch den vier nicht mehr Gewählten gebührt ein herzliches Dankeschön für ihre geleistete Arbeit im Kantonsparlament. Unser Ruedi hat in der Politik wahrlich schon alles erlebt. Er politisierte auf allen Ebenen: Als Nationalrat im Bundeshaus; als Landrat in Liestal. Noch heute ist er in seiner Wohngemeinde Frenkendorf in der Gemeindekommission und als Präsident der Geschäftsprüfungskommission tätig. Wir sind gespannt, was da noch kommen mag. In der «Basler Zeitung» hiess es kürzlich, dass Rudolf Keller ein «Homo politicus und Stehaufmännchen» sei. Dem ist folgendes anzufügen: Marschhalt, tief Luft holen, reflektieren, handeln. Lieber Ruedi, unser aller Dank ist Dir sicher!

Markus Borner, SD-Aktivist
seit 23 Jahren

Zum Gedenken an den Patrioten

Max Disteli, Dr. sc. Nat. ETH, Olten

Während seines ganzen aktiven Lebens stand der Verstorbene immer gradlinig und ohne Wenn und Aber ein für Naturschutz, sowie die Interessen von Volk und Heimat. Seine Kindheit verbrachte Max Disteli in Aarburg und Olten. Später studierte er an der ETH Zürich naturwissenschaftliche Fächer. In der Folge erwarb er das Bezirkslehrerpatent und unterrichtete auch. Während 32 Jahren stand er dann im Dienste des Kantons Aargau; zuletzt 21 Jahre als kantonaler Beamter für Landschaftsschutz. 1964 gründete er den Landschaftsschutzverband Hallwilersee und war auch dessen erster Präsident. Viele Jahre engagierte er sich – zuerst im Aargauer Kantonalvorstand der NA, später – nach dem erneuten Umzug nach Olten – als Protokollführer im solothurner Kantonalvorstand der NA/SD. Dr. Disteli ist den Lesern verschiedener Presseerzeugnisse mit heimatreuer Ausrichtung als regelmässiger Artikel- und Leserbriefverfasser bestens bekannt. Dr. Disteli gab alleweil manches «Müsterli» zum Besten: So erwähnte er das sogenannte «Recht auf freie Meinungsäusserung», wenn seine Leserbriefe aus irgendwelch nichtigen Gründen, vorab von Tageszeitungsredaktionen, zurückgewiesen wurden. Dr. Disteli

liess sich aber nie entmutigen. Immerzu kämpfte er mit Wort, Schriftbeiträgen und Taten für eine unabhängige und demokratische Schweiz, sowie speziell gegen das sogenannte «Duckmäusertum». Es war Dr. Disteli vergönnt, mit seiner Ehefrau Pia mehrere grössere Reisen, so u.a. mit der Trans-Sibirischen Eisenbahn in den fernen Osten, zu unternehmen. Seine Pia litt leider im Alter unter gesundheitlichen Schwierigkeiten, was das Reisen schliesslich unmöglich machte. Vor wenigen Jahren verstarb seine Lebensgefährtin. Dank der Hilfe und Unterstützung von Freunden und Nachbarn konnte Max Disteli bis zu seinem Lebensende im 86. Altersjahr in seiner Wohnung verbleiben. Es handelte sich hierbei um seine kleine Heimat mit schönen Erinnerungen und Büchern an der Martin Disteli-Strasse (ebenfalls ein kritischer Oltner, der jedoch im vorletzten Jahrhundert wirkte). Am 6. März nahmen Freunde und Bekannten in der Kapelle des Friedhofs Meisenhard mit Hochachtung und Dankbarkeit Abschied von einem Weggefährten und lieben Menschen. Wir werden Max Disteli als vorbildlichen Patrioten in guter Erinnerung behalten.

Markus Borner, ehem. SD-Kantonalpräsident Kt. SO

Was rufen sie vom Minarett?

Zuerst holten sie die Italiener, dann die Spanier, die Portugiesen, die Jugoslawen, die Türken, Albaner und jetzt die «ganze Welt» – immerhin gemäss «freiem Personenverkehr» dürfen letztlich 470 Millionen kommen, wenn sie wollen! «Alles kein Problem» rufen Profiteure, Spekulanten, Banken, Parteien, Medien und Kirchen. Kurt Koch, Bischof und Präsident der Bischofskonferenz sagte im Sensationsblatt er habe nichts gegen Minarette und er glaube mit uns Gläubigen über die Angst vor Fremden reden zu müssen... Lesen wir Zeitung, hören Radio und sehen DRS, werden wir eines anderen belehrt. Zwar versuchen «Medienschaffende» mit allen Mitteln die Schönfärberei oder das Unterschlagen von Informationen, langsam beginnt der eine oder andere Schweizer die Augen zu reiben. In Tourismusorten wie etwa im Wallis sind Liegenschaften für die kommenden fünf bis sechs Jahre bereits an «Personen im Ausland»

verschachert. Gleichzeitig klagen Fachleute über unheimliche Quartiere und «kalte Betten» mit tourismusfeindlicher Wirkung... Was aber ruft der Muezzin übersetzt «Rufer» vom Minarett, übersetzt «Rufturm» wirklich? Er ruft sieben Sätze aus dem Koran: 1. «Allah ist der Grösste» (viermal) 2. Ich bezeuge dass es keinen Gott gibt ausser Allah» (zweimal) 3. «Ich bezeuge, dass Mohammed der Gesandte Allahs ist» (zweimal) 4. «Kommet her zum Gebet!» (zweimal) 5. «Kommet her zum Erfolg!» (zweimal) 6. «Allah ist der Grösste» (zweimal) 7. «Es gibt keinen anderen Gott ausser Allah» (zweimal). Klar, nur der 4. Satz ist ein Aufruf zum Gebet – alles andere ist reine Propaganda und religiöse Hetze ja Herrschaftsanspruch wie im Mittelalter. Stellen wir uns vor, von Kirchtürmen herab würde so «zum Gebet gerufen» – wir hören schon die Klagelieder und Ankla-

Fortsetzung Seite 12

Was rufen sie vom Minarett?

Fortsetzung von Seite 11

gen betreffend Religionsfrieden und Glaubensfreiheit. Dass eine Christliche Gemeinde in einem moslemischen Lande sich so etwas überhaupt leisten könnte, wie dies umgekehrt die Muslime in der Schweiz verlangen, ist schlicht

und einfach unvorstellbar! Unser Land und unser Volk wird jeden Tag und immer schlimmer von fragwürdigen «Volksvertretern» und Einrichtungen unseres Landes regelrecht hintergangen – wichtigste Tatsachen werden uns ganz bewusst vorenthalten!

SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung

Ausländer begehen mehr Verbrechen als Schweizer

Fortsetzung von Seite 7

rung ausmachen, ergibt sich eine 20 Mal (in Worten zwanzig) grössere Schwerekriminalität von Ausländern gegenüber Schweizern nämlich: 4 Mal mehr schwere Verbrechen bei 5 Mal kleinerem Bevölkerungsanteil ergibt $4 \times 5 = 20$. Wie viele der «Schweizer» (teils erst kürzlich) eingebürgerte Ausländer sind, wird selbstverständlich nicht angegeben und ist wohl auch in keiner Statistik erfasst. Besonders gravierend ist die Statistik bezüglich die Jugendkriminalität. Laut dem Bundesamt für Statistik wurden 2005 14 106 Urteile gegen Jugendliche gefällt, davon 3170 gegen unter 15-jährige Kinder. 37 Prozent der Jugendstrafurteile betrafen Ausländer. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei sogenannten «leichten» Vergehen wie Cannabiskonsum die Schweizer öfter vorkommen während ca. doppelt so viele ausländische Jugendliche als Schweizer wegen Gewalt- und Sexualstraftaten verurteilt werden. Auch bei diesen Angaben sind selbstverständlich eingebürgerte Ausländer als «Schweizer» aufgeführt. Hier eine Tabelle der häufigsten schweren Gewalttaten bei Jugendlichen:

Straftat	Schweizer	Ausländer
Drohung:	147	170
Einfache Körperverletzung:	270	368
Tätlichkeiten:	332	431
Raub:	161	216
Vergewaltigungen (total 646, vollendet 545, davon ermittelte Täter:)	51	302

Anzeige

Olivenöl-Verkauf aus Gossau SG**Basisöl und Aromaöl aus Italien**

Bestellung bei:
Thomas Fischer,
Grüneggstr. 6, 9200 Gossau

Tel. 071 244 72 76
thomas-fischer@bluemail.ch
(keine Versandkosten)

Das Bundesamt für Statistik meldet für 2005, dass allgemein bei Tötlichkeiten sieben Mal mehr ausländische als schweizerische Kinder und Jugendliche verurteilt wurden. 2003, also nur zwei Jahre vorher, betrug diese Rate «erst» das 5,5-fache. (Die extremsten Schweizerhasser werden jetzt womöglich behaupten: «Da sieht man es wieder, die armen Ausländer werden von unserer Justiz offenbar viel härter angefasst»).

Dazu noch folgendes: laut der polizeilichen Kriminalstatistik (alle Zahlen betreffen wie erwähnt nur die Jugendkriminalität) gab es 1996 noch 4151 Anzeigen wegen vorsätzlicher Körperverletzung, 10 Jahre später (2005) mit 8099 Anzeigen fast eine Verdoppelung, bei den angezeigten Vergewaltigungen lauten die entsprechenden Zahlen: 1996 344 Fälle, 2005 646 Fälle, also auch hier fast eine Verdoppelung. Die zeitliche Übereinstimmung des Anstiegs der Jugendkriminalität mit dem Beginn der Asylanten-Überschwemmung der Schweiz aus dem ehemaligen Jugoslawien ist frappant. Diese Vermutung bestätigt das statistische Amt: In der Schweiz sind insbesondere Gewalt- und Sexualstraftaten **vor allem ein Problem aus dem Balkan**.

Die in letzter Zeit gravierenden Fälle von Gruppenvergewaltigungen sind hier natürlich noch nicht erfasst.

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache und bestätigen die Wahrnehmungen in der Öffentlichkeit. In journalistischen (das heisst überwiegend linken) Kreisen versucht man diese Zunahme der Jugendgewalt damit zu begründen, dass man heute schneller Anzeige erstattet. Das pure Gegenteil ist der Fall. Jugenddelikte werden heute eher weniger schnell angezeigt als in den achtziger Jahren, weil damals viel häufiger «kleinere» Straftaten wie Entreisssdiebstähle angezeigt wurden. Heute werden vor allem Kinder und Jugendliche Opfer von Gewalttaten durch Gleichaltrige. Aus Angst vor noch schlimmeren Repressalien scheuen sich die Jugendlichen vor einer Anzeige.

Offener Brief

und eine Entschuldigung an Herrn Wolfgang Amadeus Mozart, Signore Lorenzo da Ponte, Monsieur Pierre Augustin Caron de Beaumarchais

Le Nozze di Figaro im Stadttheater Bern

Verehrte Meister,

mit meiner Familie besuchte ich die genannte Oper.

In den vergangenen Jahrzehnten hatten wir die meisten grossen Opernhäuser in Europa besucht, von Covent Garden bis St. Petersburg und von Stockholm bis Venedig; am häufigsten die Wiener Staatsoper. Wir waren fast immer um ein fantastisches Erlebnis reicher. Deshalb freuten wir uns auch auf den Figaro im Stadttheater Bern.

Es ist verständlich, dass sich heutige «Künstler» im Vergleich zu Genies wie Sie, meine Herren, wie Fliegendreck vorkommen müssen. Statt aber das Bestmögliche aus Ihrem Werk zu machen, glauben einige verantwortungslose Schreibtischtäter, sie müssten ihr Manko mit möglichst anstössigem Dreck kompensieren, um aufzufallen. So wurde die wohl schönste Ouvertüre, die Sie Herr Mozart, je geschrieben haben, mit Ekel erregender Pornographie versaut; projiziert auf eine Leinwand. Wir trauten unseren Augen nicht. So etwas



Würde sich ab so viel Dekadenz im Grabe umdrehen:
Wolfgang Amadeus Mozart

hatten wir noch in keiner Oper erlebt. Beim Besuch von Rigoletto in Bern hätten wir wahrscheinlich während der Ouvertüre das Geschlechtsorgan des Herzogs von Mantua vor unserer Nase gehabt. Mögliche Begründung: «Ausgetretene Pfade verlassen».

Vor Jahren konnte man den Figaro noch mit einem 15-jährigen Knaben besuchen, um ihn in die klassische Musik von höchstem Niveau

einzuführen. Dies ist heute – mindestens in Bern – nicht mehr möglich. Bei dieser Dekadenz eines Teils der Erwachsenengesellschaft wundert man sich noch über Vorgänge, wie die in Seebach und Steffisburg.

Der Korrektheit halber möchte ich allerdings festhalten, dass Ihnen Herr Mozart, die Darbietungen der Sänger und Musiker, gefallen hätten. Aber Sie hätten davon nichts gehört, denn – so wie ich Sie und die Herren da Ponte und Beaumarchais einschätze – hätten Sie alle das Haus während der Ouvertüre angeekelt verlassen.

Ich frage mich zudem: Was hat eigentlich eine Leinwandprojektion in einer klassischen Oper zu suchen? Wird demnächst Sarastro nicht mehr singen, sondern seine Darbietung am Prokischreiber erläutern? Wird es dann im Programmheft nicht mehr heissen: «Die Kostüme wurden von der Mailänder Scala zur Verfügung gestellt», sondern: «Die Folien wurden vom Ciné 6 im Ryffligässli ausgeliehen»? Werden die drei Knaben in der Zauberflöte – in Anlehnung an Vorführungen beim grossen «Künstler» Hirschhorn – auf der Bühne auf eine Schweizer Fahne urinieren? Der Besuch eines Bundesrates wäre ihnen dann jedenfalls sicher. Kommt es vielleicht in Zukunft sogar noch jemandem in den Sinn, Ihre «nicht mehr zeitgemässe» Musik, verehrter Herr Mozart, zu «entstauben»? Zum Beispiel durch den grossen Komponisten, der das symphonische Werk für die Feier «150 Jahre Bundesstaat» geschaffen hat? Es wurde immerhin zweimal aufgeführt; das erste und das letzte Mal. Grösstes Genie aller Zeiten, geniale Meister, ich bitte Sie um Entschuldigung für die Verschmutzung Ihres Meisterwerkes im Stadttheater Bern durch Vertreter einer importierten kulturellen Unterschicht; im Sinne: «Gott vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie tun.»

Mit vorzüglicher Hochachtung
und grösstem Respekt,
Dr. Otto Reber, Bern
(o.reber@bluemail.ch),
Mitunterzeichner: Stephan Portmann, Bern, und andere.



Démocratie ou démoncrassie?



Mary Meissner,
Vernier

Le procès de Péringek qui vient d'être jugé par un tribunal vaudois pour avoir refusé d'accepter le terme de génocide concernant le massacre d'une population étrangère arménienne lors de la guerre de 1815 entre l'empire ottoman et les Arméniens, frôle l'absurde. Car la Suisse n'a pas à se mêler des événements qui se passent à l'extérieur de son territoire. Ceux-ci sont très anciens et ressemblent à ceux d'aujourd'hui dans un Occident qui se bat contre la vague des envahisseurs mondiaux, déboutés tant bien que mal pour les empêcher de dénaturer et de chambarder notre manière de vivre. Se cacher derrière un article 261 bis de loi imposé par les juifs après la Seconde Guerre mondiale à la suite des atrocités nazies aux pays occidentaux pour les culpabiliser en bloc, est du plus mauvais goût appliqué au cas de Péringek. Nous sommes devenus ainsi les mutants d'une civilisation qui gueule le mot liberté pour fermer la gueule à ceux qui n'ont plus la liberté d'ouvrir la leur. L'humain est

devenu le bétail du pharisaïsme qui s'incline devant la démocratie décomposant les seules vertus qui peuvent la faire vivre. La première étant la liberté d'expression promise à tous par l'art. 19 des Droits de l'homme et que la démoncrassie est en train d'assassiner.

Les vautours ont besoin de votants pour bénir leurs mensonges par leur vote respectable, tandis que la justice exige son autonomie pour pouvoir appliquer des verdicts souvent injustifiés donnant raison aux dictateurs issus du croisement d'un coffre-fort et d'un ordinateur. Les autorités en place ont le culot de demander que nous tolérions le temps nécessaire à nous détruire, brandissant toujours ce mot de démocratie cachant tant de turpitudes. Quand on a plus besoin de fric que de vérité on aboutit qu'à maquiller les façons de bien mentir et le troupeau y croit. On a qu'à regarder la campagne électorale française. Elle reflète exactement cette mentalité de parvenir à tout prix au sommet pour mieux jouer au roi sans couronne.

On ferait mieux de rendre la liberté de penser et de s'exprimer enlevée par les lois muselières Gayssot, 261 bis et autres en Europe, tout en renforçant des mesures convenant à l'espèce humaine d'aujourd'hui qui ne demande que la paix, du pain et du travail. D'ici là le mot démocratie devra s'écrire DEMONCRASSIE.



HALDE = Haute Autorité de Lutte contre des Discriminations.

(Dessin de CHARD)

Viol et religion

Les médias reviennent encore une fois sur plusieurs viols de jeunes filles avec violence et prostitution qui ont eu lieu dans des villages ou petites villes de Suisse allemande d'abord. En somme là où nos autorités ont cru bon de placer des adolescents et jeunes célibataires demandeurs d'asile provenant en majorité des Balkans. Selon les statistiques officielles, plus de 300 000 Kosovars et Albanais seraient en Suisse aujourd'hui, une ethnie musulmane aux mœurs diamétralement opposées à la chrétienté. Dès notre jeune âge, on nous ap-

prend à travers l'histoire biblique ou le catéchisme, que si l'on vous frappe sur une joue, vous devez tendre l'autre. Ce n'est certes pas facile, mais plus humain que d'aller se faire exploser parmi la foule pour tuer le plus de gens possible sans état d'âme. Les médias blablent à qui mieux mieux pour essayer d'expliquer l'inexplicable, tant il est vrai que pour faire comprendre l'inimaginable dans un pays de droit occidental, il faudrait un genre de madrassa qui ferait seriner à longueur de journée aux enfants que Dieu (Allah) est grand et que

dix vierges attendent au paradis tous ceux qui violent des adolescentes réticentes, avec lapidation à la clé si elles refusent de devenir des paillassons.

Pourquoi discute-t-on à perdre haleine sur les questions de nationalité face à un environnement brutal, virtuel et discriminatoire, passant sous silence l'éducation officielle religieuse et parentale qui est aux antipodes de la nôtre. Un arbre tordu dès la naissance est impossible à redresser même avec un tuteur. Alors les partis qui demandent l'expulsion de ces jeunes dé-

linquants et de leurs familles ont raison, car enseigner la langue du pays aux petits est inutile lorsqu'on sait que ces enfants reviennent chez eux pour continuer à se nourrir des préceptes ancestraux dans leur langue pater ou maternelle. Car en plus des viols il y a les mariages forcés et l'assassinat d'honneur. Deux crimes inconnus des Occidentaux. Quand donc nos responsables s'attaqueront-ils aux racines du problème et que les médias appelleront un chat, un chat.

Maria de Seimners

Où va l'Union européenne?

Que veut-elle au juste? Cet amalgame de délégués disparates venus dans ce Gouvernement fantoche composé de 27 pays européens, peut-il déboucher sur une entité politique semblable aux Etats-Unis d'Amérique? Monnet et Schumann, les utopistes d'après guerre qui cherchaient la meilleure manière d'asseoir une paix définitive, se sont figuré pouvoir construire un bloc soudé par un même idéal économique, politique et laïque. Comme nous le disions dès 1950, il y a une grande différence entre les Etats-Unis formés de cent différentes ethnies dans un melting pot qui continue à grandir dans le même

esprit de métissage absolu, et les pays européens qui se distinguent les uns des autres par leurs racines, leurs mœurs ancestrales, leurs religions et le patriotisme lié aux paysages entourant une longue histoire propre à chacun.

Un Russe ne deviendra jamais espagnol, et un Italien ne sers jamais un Yougoslave, de même qu'un Helvète aura de la peine à se sentir anglais ou un Belge, portugais. Ne parlons pas des Français très éloignés de tous et spécifiquement Francs, comme les Grecs qui honnissent les Turcs à qui l'on a proposé d'entrer dans le consortium européen. De plus, il y a au-

jourd'hui cette propension à partager le territoire national en régions toujours plus petites et autonomes qui conduit à une dispersion contraire à l'unification des Etats sans frontière.

Le discours d'adieu de Chirac démontre aussi l'hypocrisie de ces hommes qui croient être des supermen de leur époque et les sauveurs des nations. Les mots sont facile à manier surtout devant un micro et les poches bien remplies, mais ils ne concrétisent jamais les engagements promettant une amélioration quelconque. Les populations subjuguées par les désinformations programmées pour les endor-

mir, se laissent encore prendre aux beaux discours.

L'Union européenne en devenant de plus en plus grande et diversifiée, dépensant de plus en plus d'argent pour des traductions touchant même au diamètre des concombres, les mafias à l'affût des possibilités de gaspillages dirigés vers les bons coffres, et une bureaucratie communiste concentrée en un seul endroit pour coordonner des ordres maastrieciens, préparer des lendemains difficiles, déséquilibrés, injustes et partiaux. Chaque nation se lavera les mains devant les catastrophes qui seront imputées à l'U.E., gouvernement sans visage et sans responsabilité puisque composés de non élus incompétents mais grassement payés qui s'en fichent.

Charlotte Morel

Le Piloni

Impôts et aides publiques

La France devrait balayer devant sa porte avant de menacer la Suisse pour ses accommodements financiers. Ainsi le rapport «*Sur les aides publiques aux entreprises françaises*» indique que 65 milliards d'Euros ont été versés à celles-ci à travers 6000 dispositifs de soutien. La proportion entre les dégrèvements suisses et ces versements français est abyssale. La hargne de nos voisins par Montebourg interposé est elle aussi abyssale.

Magouilles européennes

Pour contrer le refus de la France et de la Hollande à la constitution européenne, on a considéré à Bruxelles que l'entrée de la Roumanie et de la Bulgarie dans l'Union est une acceptation formelle de la Constitution. Sachant que 18 pays sur 27 n'ont pas encore adhéré officiellement, il fallait forcer la dose. A noter que si le Parlement allemand a accepté cette Constitution, la Cour constitutionnelle ne l'a pas ratifiée. En France Sarkozy envisage de faire voter, le Parlement qui lui est acquis alors que le peuple a dit non par référendum.

Le cancer OGM

Les cultures d'OGM recouvrent actuellement 100 millions d'hectares dans le monde. Ils se concentrent dans quatre pays, aux Etats-Unis, 53%, en Argentine, 18%, au Brésil 6%, au Canada 5%, soit au total 88%. La France a cultivé 4500 ha, l'Espagne 60000, et on attend la décision de la Chine. Mais on

prévoit que d'ici 2015, la surface aura doublé dans le monde. Le riz transgénique avec vitamine A apparaîtra vers 2009 déjà en Asie et ces denrées viendront s'ajouter à celles déjà récoltées, soit le maïs, le soja, le coton et le colza.

Plus royaliste ... +

Au Canada, un hôpital juif de Montréal a mis à la porte une ambulance pour avoir consommé de la nourriture non cachère dans une zone cachère de l'établissement. L'hôpital a dû payer une amende de 10.000.- \$.

Immigration

Les conséquences d'une immigration massive se font sentir au Texas. «*L'espagnol est désormais la langue maternelle de notre pays*» a dit Mgr José Gomez archevêque catholique de San Antonio. Depuis 1847, le Texas ayant été pris au Mexique, dès cette époque les vagues successives de migrants mexicains de langue espagnole ont changé la nature ethnoculturelle de cet état. A méditer.

Monstrueuses différences

Dans les pays industrialisés, les inégalités se creusent entre les riches et les pauvres. Aux USA, le revenu des riches a dépassé de 50 fois le salaire moyen des ouvriers en 1975, et de 250 fois trente ans plus tard, ce qui signifie que 1% des ménages seulement a bénéficié de cette richesse. En 2006 les salariés américains travaillent en moyenne 46 semaines et ont deux fois moins de congés que les Européens. Par exemple en Californie où le salaire horaire est de 8 \$, un enfant sur cinq vit au-dessous du seuil de pau-

vreté. 3,5 millions de sédentaires se retrouvent pendant au moins 3 mois par an sans abri. Près d'un enfant noir sur 10 et un enfant hispanique sur 20 résident au moins deux mois par an dans un refuge. C'est aussi le cas d'une personne âgée sur 10. En 2006, 41 millions d'Américains n'ont pas été aidés du tout et 31 millions sont dépourvus de toute nature. Ces contrastes dans un pays qui se veut un modèle mondial, prouvent l'insanité des idées fausses qui continuent à déformer la réalité.

Deux poids et deux mesures

Il paraît que nos sénateurs sont sommés de punir en Suisse les mariages forcés, car les migrants qui demandent l'asile à notre pays ne peuvent pas refuser d'accepter nos lois. S'ils viennent ici, ils doivent savoir que leurs devoirs concernent aussi et surtout les mariages forcés interdits dans toute l'Europe. Ce qui est extraordinaire, c'est que les mêmes personnes dont Trix Heberlein, conseillère aux Etats radicale qui a déposé cette motion, n'a pas inclus dans cette revendication, l'interdiction d'exciser ici les petites filles réfugiées en Suisse. Ces deux pratiques spécifiques à l'islam, sont toutes deux aussi terrifiantes que la lapidation et le comble, c'est le peu de considération que nos autorités montrent à ces personnes mineures. C'est bien beau de se féliciter du nombre de migrants acceptés chez nous, mais encore faut-il que les éléments les plus vulnérables soient protégés! ... Notre ministre de la Justice Christophe Blocher serait-il un macho protégeant les hommes et pas les femmes? Dans ce cas il ne serait pas loin d'un Tariq ou Hani Ramadan. *Octopus*

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «*Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat*» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «*Démocrate Suisse*» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Monstrueuse désinformation

Décidément les forces occultes, ou si vous voulez plus prosaïquement les multinationales qui gouvernent le monde maintenant, ne reculent devant aucun mensonge, le plus gros étant le mieux avalé par les masses. Il a fallu quelques semaines seulement pour que le montage programmé du 11 septembre soit disséqué et mis en doute, on n'a pas fait de même après l'attentat d'Oklahoma City, mais ce qui est étonnant c'est la facilité avec laquelle tout le monde ou presque a gobé la mise à mort de Saddam Hussein, le plus éhonté de tous. Comment est-il possible qu'aucun esprit «éclairé» n'ait fait le rapprochement de cette mascarade, avec les attentats journaliers qui se per-

pétuent en Iraq et aussi en Afghanistan? Pourtant Saddam l'a dit avant d'être arrêté: «*le pays sera sans discontinuer à feu et à sang après mon arrestation.*» Puis il a planqué des milliards de dollars dans des endroits connus de ses seuls séides destinés à acheter des armes et autres explosifs.

Toutes ces horreurs engendrées par la politique immonde des Etats-Unis dirigés par les multinationales énergétiques, OGM compris, dérangent les plans futurs de ces forces occultes qui n'ont pas obtenu tout de suite un résultat concocté par leur noyau pensant. De plus l'opinion mondiale commence à poser trop de questions dangereuses, alors Guantanamo

est le creuset idéal pour y puiser un bouc émissaire du nom de Khaled Cheikh Muhammed qui a sûrement quelques assassinats sur la conscience et n'a rien à perdre en prenant à son compte TOUS les attentats sanglants imputés à El Qaida, cette entité floue que seules les personnes intéressées continuent à dépeindre et à créer comme toile de fond à la plus horrible des guerres avec ennemis inconnus partout et états majors nulle part. Naturellement, ces informations font le bonheur des médias qui de ce fait engrangent quelques bénéfices supplémentaires par des scoops chocs incontrôlables, mais cette fois-ci, le doute s'est exprimé immédiatement, car le montage est

trop gros. Il reste en travers de la gorge des plus sceptiques. On ne peut effacer tous ces doutes par le seul aveu d'un misérable prisonnier perdu aux confins du monde, probablement torturé pour le forcer à avouer des crimes tellement énormes, qu'un seul homme est incapable de les fomenter ou préparer, surtout à distance. En ce qui me concerne je ne demande qu'une chose. **Que l'on prouve et montre le vrai cadavre de Saddam Hussein.** Ce serait déjà un grand pas vers un apaisement iraquien et que l'on arrête enfin **Ben Laden afin qu'il explique son exil familial des USA avant le 11 septembre et le fait qu'il soit toujours en liberté.** *Maria de Seimners*

Le Pileri

Soldats suisses à l'étranger

Les discussions vont bon train concernant l'envoi de soldats suisses à l'étranger. D'après le tableau statistique, il y en a très peu, mais il y en a quand même et les citoyens qui refusent d'envoyer leurs enfants ailleurs où il y a des conflits ouverts ou larvés, ont raison de se méfier des belles promesses officielles. Les populations surveillées et infiltrées par El Qaida ne font pas la différence entre des GIs armés et des pioupious suisses reconstruisant des maisons. Ils ont le bon prétexte pour menacer les Etats belligérants occupant leur territoire que ce soit pour la paix ou pour la répression, d'y envoyer leurs martyrs fanatisés religieusement. Tant que les Helvètes resteront chez eux pour le meilleur et pour le pire sans aller se mêler des affaires des autres nous n'aurons pas d'attentats comme à Madrid ou à Londres, etc. Pour vivre heureux restons discrets.

Genève en émoi

Que c'est drôle! On se croirait au Grand Guignol. Genève veut se débarrasser de la culture au propre et au figuré, tant il est vrai que sans pèpètes, la culture reste un effet congru. Ceux qui hurlent au scandale se sont ils regardés dans une glace? Ils y verraient plus de clowns que de sérieux acteurs culturels! Depuis Séville où la Suisse proclamait qu'elle n'existait pas, et les pirouettes de Pipiloti Reis, en passant par le fiasco financier de Nelly Wenger à l'Expo, sans parler à Genève des anti-performances de



Un soldat allemand en Afghanistan.

piteuses marionnettes au Bois de la Bâtie, les citoyens contribuables ont assez payé pour avoir des doutes sur le bien-fondé d'une telle coûteuse culture dans nos villes! Ce n'est pas logique de puiser dans nos subventions pour soutenir financièrement des distractions médiocres, des matches violents, des pièces de théâtre mal interprétées, des musiques horripilantes et bruyantes, des cirques ravageurs ou des défilés de dératés, pour donner satisfaction à quelques groupes d'individus aux goûts particuliers. Donc l'Etat responsable du budget citoyen a raison d'élaguer des branches tordues.

Ça continue!

A Genève, ville frontière, la police a arrêté sept trafiquants et fait main basse sur trois kilos d'héroïne. En soi ce fait divers n'a rien d'exceptionnel qui tend à devenir monnaie courante dans notre pays aujourd'hui et particulièrement aux

abords de la frontière d'où les douaniers ont disparus. Mais ce qui est scandaleux c'est que ces Albanais organisés en réseau actif, ont planqué leurs carcasses et leurs drogues, plus l'argent soutiré aux stupides toxicomanes du coin (plus de 500 000 francs), dans des appartements à Onex, aux Evaux. Que font les autorités qui arrêtent ces malfrats? Comment se fait-il que les Genevois cherchent des appartements introuvables pour eux et ces étrangers dégoûtants sont bien logés et transforment ces endroits en laboratoires de conditionnement et de stockage? Le comble est atteint parce que ces gens sont tous en situation irrégulière, sans papier ou demandeurs d'asile, sans domicile fixe, menteurs et assassins. Au moment où j'écris ces lignes, on m'apporte un communiqué que j'ajoute ici: la police vient d'arrêter 19 fournisseurs de cocaïne ayant des milliers de francs sur eux et 8 kilos de drogue. L'un des

passeurs n'avait pas hésité à avaler 90 boulettes de 10 grammes et était sur le point d'exploser. Tous ces individus sont à Champ Dollon mais pour combien de temps, cette prison n'ayant plus un seul m² de disponible pour y poser un matelas?

Internet: pour qui?

Il est étonnant de constater que les médias, les privés et même les grandes entreprises, ne donnent que leur e-mail sur Internet, leur blog www ou leur raison sociale internet. Lorsqu'il y a des concours ou une question publique, seuls les possesseurs de PC ou de téléphones portables peuvent participer. Pour les milliers d'autres auditeurs, spectateurs, lecteurs ou abonnés, qui refusent de devenir les esclaves d'Internet, qui ont peur ou sont trop âgés pour se coltiner un tel système, pour les personnes qui, comme moi, ne veulent pas d'internet-Fürer qui vous transforment en esclave ou envahissent votre espace vital tout en grignotant votre temps, nous sommes envoyées aux gémonies et nous sommes des non-entités privées de communication participative. Il y a pire. L'autre jour désirant devenir membre de LausAnimaliste ATRA, le mouvement lausannois pour le droit des animaux qui cherche des nouveaux adeptes, je n'ai trouvé qu'une adresse www, et le 1811 n'a aucun renseignement téléphonique, de fax ou d'adresse. Sommes-nous devenus des citoyens de seconde classe? Des alphabéthés? Ou pire, existons-nous encore? Devrons-nous périr de honte parce que nous ne voulons pas passer notre existence à lire sur un écran des spams idiots?

Octopus

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

Michael Strebel, Stein
(Junge Stimme)

SD wollen sich dem EU-Steuerdiktat nicht beugen!

Beim Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU geht es keineswegs um grössere Gerechtigkeit oder um einen Verstoß einzelner kantonaler Steuerregime gegen das bilaterale Freihandelsabkommen Schweiz – EU von 1972, sondern einzig nur darum, einen lästigen Konkurrenten im internationalen Standortwettbewerb in die Schranken zu weisen um:

1. indirekt dem Eingeständnis zu entgehen, dass die europäische, sozialdemokratische Steuerpolitik versagt hat, und,
2. man sich durch einen unilateralen Beschluss der EU-Kommission zu Lasten der Schweiz nun unter anderem gleichzeitig auch refinanzieren will, indem man mindestens einen Vergleich mit finanzieller Abgeltung sucht und Verhandlungen anstrebt, die «eine für beide Seiten akzeptable Lösung anstrebt.

Die EU versucht knallhart und einseitig, ihre Interessen durchzusetzen, und nimmt dabei in Kauf, die Souveränität der Schweiz in Steuerfragen grob zu missachten. Indem sie die Abschaffung der Steuerprivilegien für Holding- und ähnliche Gesellschaftstypen in einigen Kantonen mittels erpresserischer Drohungen durchzusetzen versucht, stellt sie gleichzeitig die föderalistische Staatsstruktur der Schweiz in Frage. Dass die SP Schweiz mit ihrer nationalen Steuerinitiative der EU noch hilft, ist nur ideologisch nachvollziehbar.

Viele sozialistisch und sozialdemokratisch dominierte EU-Länder stellen fest, dass sie die ihren Wählern versprochenen Träume vom unversiegbaren Sozialstaat nicht länger finanzieren können. Der Preis, um wenigstens diese Illusion aufrecht zu halten, ist eine fortwährende Erhöhung der ohnehin schon sehr hohen Steuerlast. Logisch, dass immer mehr EU-Bürger und -Firmen nicht mehr bereit sind, dies zu akzeptie-

ren und attraktivere Alternativen und Standorte suchen. Doch statt selbst die europäischen Steuerregime zu hinterfragen und die wachsenden Staatsdefizite endlich zu reduzieren, wird nun auf erpresserische Weise durch eine EU-Kommission versucht, so genannte «Steuroasen» wie die Schweiz aus der Welt zu schaffen.

Gerade weil die EU den schweizerischen Föderalismus angreift, der nicht nur die Basis für das Schweizer Steuersystem, sondern für das Land als Ganzes ist, gibt es keinen Raum für Verhandlungen. Die Schweizer Demokraten sind überzeugt: Jeder Kompromiss, den die Schweiz in dieser Frage eingeht, ist eine Einladung für weitere Begierlichkeiten seitens der EU, ein Zeichen der Schwäche unserer Landesregierung und gleichzeitig ein schrittweiser und von langer Hand geplanter Abschied von der schweizerischen Souveränität.

*SD-Medienmitteilung
vom 9. März 2007, Bernhard Hess,
Nationalrat, Zentralpräsident
Roland Schöni, Zentralsekretär*

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Für die SD ist klar: **Die kantonale Steuerhoheit ist nicht verhandelbar!**

Warum spricht niemand vom Indianergenozid?

Man kann offenbar verschiedene Meinungen darüber haben, ob die Türken an den Armeniern einen Genozid verübt haben oder nicht. Aber warum spricht denn niemand vom Genozid der Einwanderer nach Nordamerika an den Indianern? Dabei ist das Wegsterben der dortigen Eingeborenen nicht etwa nur dadurch entstanden, dass durch militärische Operationen mit Feuerwaffen und die Zivilisation des Landes den als Jäger lebenden Nomaden der Lebensraum weggenommen wurde. Es war zum Teil das bewusste Herbeiführen eines Volkstodes, indem längst sesshaft gewordene Stämme, die zivilisatorische Errungenschaften wie den Ackerbau übernommen hatten, im «indian removal» aus den ihnen in später gebrochenen Verträgen vorher zugewiesenen Heimstätten in unwirtliche Gebiete vertrieben wurden, wo sie nur der Massentod erwarten konnte. Genauso oder eben schlimmer noch wie bei den Türken, welchen vorgeworfen wird, sie hätten die Armenier in unwirtliche Gegenden

von Syrien und Libanon vertrieben. Als Beispiel mögen die «fünf zivilisierten Stämme» – Choctaws, Chickasaws, Creeks, Cherokees und Seminolen – dienen, die aus ihren Heimstätten in Florida, Georgia, Alabama, Mississippi und Tennessee im 19. Jahrhundert – die Creeks zuletzt aus Georgia 1827 – vertrieben wurden (Literatur Max Mittler: Die Eroberung eines Kontinents, Atlantis Zürich 1968 u. a.) Und wenn jemand etwa versucht wäre, die Sache mit der Begründung abzutun, das seien doch alte Geschichten, sei er daran erinnert, dass wir immerhin das Jahr 1890 schrieben, als eine US-amerikanische Armee bei Wounded Knee zum letzten Mal mit ihren überlegenen Waffen eine indianische Streitmacht zusammenkartätschten. Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage ist einfach: die USA sind eine Weltmacht, die Türkei aber höchstens eine Mittelmacht!

*Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf*



Kleber- Bestellung

Wir möchten gerne wie folgt Kleber «Damit Sie nicht nur noch schwarz sehen» beziehen:

- 3 Kleber gratis
- 50 Kleber (Fr. 10.–)
- 100 Kleber (Fr. 20.–)
- _____ Kleber

Liefer- und Rechnungsadresse:

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Schweizer Demokraten,
Postfach 8116, 3001 Bern